MAGAZIN INNENSTADT

—

THEMA RESILIENTE INNENSTADT

02
22

NETZWERK
INNENSTADT
NRW

04
WAS WÄRE, WENN...
Eine Stadt probt ihren Untergang

—

12
INNENSTÄDTE. AKTUELLE UND ZUKÜNFTIGE HERAUS-FORDERUNGEN
Interview mit PSt Sören Bartol

—

26
GESUNDHEITS-KIOSK IN ESSEN
Ergänzung zum Gesundheits-system

Robin Denstorff
1. Vorsitzender
Netzwerk Innenstadt NRW

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

seit einigen Jahren werden wir als Akteur*innen der (Innen-)Stadtentwicklung zusehends mit dem Konzept der „Urbanen Resilienz" konfrontiert. Anlass dafür sind nicht nur die einschneidenden Hochwasserereignisse im Juli 2021 gewesen, deren Bilder wir nach wie vor präsent haben, sondern hinzu kommen weitere ernste Herausforderungen wie der Umgang mit Extremwetterlagen, der Pandemie oder jüngst den globalen und lokalen Lieferkettenengpässen. In unseren Innenstädten und Zentren werden wir ganz aktuell mit der Aufgabe großer Warenhausstandorte, der permanenten Forderung nach mehr multifunktionaler Durchmischung oder dem sich zuspitzenden Bedarf an grün-blauen Infrastrukturen herausgefordert. Wie sollen wir also nun ganz konkret das zunächst etwas sperrig wirkende Konzept der „Urbanen Resilienz" auf unsere Innenstädte in Nordrhein-Westfalen anwenden?

Wir wollen Resilienz als Chance verstehen! Als Möglichkeit, der Dynamik und Komplexität der anstehenden vielschichtigen Aufgaben im Stadtgefüge begegnen zu können. Das Zielbild der europäischen Stadt wird durch die im Memorandum „Urbane Resilienz" der Nationalen Stadtentwicklungspolitik aufgeworfenen Resilienzfaktoren weiter untermauert. Denn ein Aspekt ist wichtig: Resilienz ist viel mehr als nur Krisenmodus! Im Gegenteil: In der resilienten Stadt entwickeln wir kontinuierlich einen interdisziplinären Lern- und Gestaltungsprozess, welcher unsere Organisations- und Infrastrukturen für externe Einflüsse wappnet – und das präventiv und dauerhaft. Eine „Resiliente Innenstadt" präsentiert sich im Ergebnis schließlich mit krisenfesten und widerstandsfähigen Beständen, die Widrigkeiten abfedern oder gar ganz vermeiden können. Vor allem aber sind die verantwortlichen Innenstadtgestalter*innen sensibilisiert und befähigt, geschickt, vorausschauend und erfolgreich zu handeln. Sie können vor allem eines: Sich immer wieder flexibel anpassen und daraus lernen.

Unser aktuelles Magazin Innenstadt greift deshalb das Jahresthema des Netzwerk Innenstadt NRW erneut auf und stellt abermals die Frage in den Mittelpunkt, wie wir die „Resiliente Innenstadt" auslegen, entwerfen und gestalten wollen. Dazu erhalten wir unter anderem vier Einschätzungen von geschätzten Fachkolleg*innen aus unterschiedlichen Handlungskontexten. Im Interview diskutiert Sören Bartol, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Aspekte resilienter Innenstadtentwicklung vor dem Hintergrund bundespolitischer Implikationen. Weitere Praxiseinblicke, darunter eine Zwischenbilanz zum nordrhein-westfälischen Sofortprogramm Innenstadt, präsentieren Möglichkeiten und Anregungen zur Gestaltung klimaangepasster, gesunder und funktionsdurchmischter Innenstadträume. Zum Einstieg werfen wir aber analog zu einer Projektidee aus Nürnberg die Frage auf: Was wäre, wenn... wir nicht heute die Zukunft unserer Innenstädte in Nordrhein-Westfalen angehen?

Viel Freude und Inspiration beim Lesen des Magazins!

INHALT

WAS WÄRE, WENN...? 04
EINE STADT PROBT IHREN UNTERGANG

MEMORANDUM URBANE RESILIENZ 06

4 FRAGEN - 4 ANTWORTEN 08
VIER EXPERT*INNEN UND IHR VERSTÄNDNIS VON RESILIENZ UND RESILIENTER STADTENTWICKLUNG

INNENSTÄDTE. AKTUELLE UND ZUKÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN 12
INTERVIEW MIT PST SÖREN BARTOL

ZAHLEN UND FAKTEN 18

KLIMAANPASSUNG IM BESTAND 20
HANDLUNGSANSÄTZE AUS DEM STADTUMBAU

KLIMASCHUTZ AUF DEM DACH 22
DACH- UND FASSADENBEGRÜNUNG IN DER BURGGEMEINDE BRÜGGEN

WIE DIE STADT UNS RESILIENT MACHEN KANN 24
IM GESPRÄCH MIT STRESSFORSCHER PROF. MAZDA ADLI

DER NEUE GESUNDHEITSKIOSK IN ESSEN 26
DIE ERGÄNZUNG ZUM BESTEHENDEN GESUNDHEITSSYSTEM

EINE ZWISCHENBILANZ 28
SOFORTPROGRAMM ZUR STÄRKUNG UNSERER INNENSTÄDTE UND ZENTREN IN NORDRHEIN-WESTFALEN

NEUE MODELLE DER QUARTIERSENTWICKLUNG: ALTENBURG 30
WIDERSTANDSFÄHIGKEIT DURCH DIE KO-ENTWICKLUNG VON URBANEM RAUM UND GESELLSCHAFT

DAS JAHRESTHEMA „RESILIENZ" IM NETZWERK INNENSTADT NRW 32
EIN RÜCKBLICK AUF EIN VIELFÄLTIGES QUERSCHNITTSTHEMA

LITERATUR 34

IMPRESSUM 35

WAS WÄRE, WENN...?

Eine Stadt probt ihren Untergang

DAS SZENARIO

*Wir stellen uns vor, es ist 2035: Nürnberg ist getroffen von einer anhaltenden Hitzewelle. Die zivile Stadtgesellschaft wird konfrontiert mit Dürre, Wasserknappheit und Brandgefahr. Während wir Anfang April noch euphorisch die Eröffnung der Freibäder feiern, spitzt sich die Situation im Laufe des Jahres immer weiter zu: Stabile innerstädtische Hitzeinseln, reihenweise kollabierende Schulkinder und Rentner*innen und ein überlasteter Katastrophenschutz sind die Folgen. Nutzwasser wird derart knapp, dass Abgabemengen gedrosselt und dessen Nutzung priorisiert werden muss. Mit schweren Folgen.*

Wenn eine Krise wie die von uns prognostizierte im Jahr 2035 eintritt, könnten wir um Jahre zurückgeworfen werden, was die Bemühungen um den Erhalt eines funktionierenden Ökosystem angeht, wenn Stadtbäume vertrocknen, Gewässer umkippen, Fische, Vögel und Insekten sterben und der Wald verbrennt. Und das sind nur die offensichtlichsten Krisenfolgen.

Projektidee
Wir merken, dass es Menschen nicht leichtfällt, sich mit Bedrohungen wie dem Klimawandel auseinanderzusetzen, die weit weg und dadurch sehr abstrakt erscheinen. Mit dem Projekt „Was wäre, wenn ...?" wollen wir das ändern, indem wir die Bedrohung in die Gegenwart holen und eine ko-produktive Bearbeitung durch die Stadtgesellschaft ermöglichen. Wir werden die Nürnberger*innen mittels Storytelling über verschiedene Kanäle mit einem wissenschaftlich-fundierten extremen Hitze-Dürre-Szenario konfrontieren, wie es im Jahr 2035 eintreten könnte. Gleichzeitig fordern wir die Bürger*innen auf, Lösungen zu erproben, mittels derer sich Nürnberg auf zukünftige Hitze- und Dürre-Perioden vorbereiten kann. Für Ideen und Projekte, die aus der Mitte der Stadtgesellschaft heraus entstehen, stehen Expert*innen, Finanzierung und Infrastruktur bereit, um deren Realisierung zu ermöglichen. Entstanden ist die Projektidee als Antwort auf einen Förderaufruf „Post-Corona-Stadt" der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, bei dem es um die Frage geht, wie sich Städte nach den Erfahrungen der Corona-Krise widerstandsfähig für die Zukunft aufstellen können.

Projektziele
Die Erfahrungen, die wir in dem Projekt gemacht haben, werden auf dem WWW-Festival präsentiert und in einer Publikation veröffentlicht, die sich an Stadtverwaltungen und Stadtmacher*innen in ganz Europa richtet. Wir hoffen, dass andere Städte von unseren Erfahrungen profitieren und diese nutzen können, um ihre eigenen Bürger*innen zu aktivieren, sich für krisenfeste Städte zu engagieren. Zudem hoffen wir, dass im Rahmen des Projektes gute Lösungen entstehen, die wesentlich dazu beitragen, Nürnberg klimaresilienter aufzustellen. Wir hoffen, dass diese Lösungen über unser Projekt hinaus weiterentwickelt und umgesetzt werden und breite Unterstützung in der Stadtgesellschaft finden. Drittens hoffen wir, dass wir die Förder- und Beratungsangebote, die wir im Rahmen des Projektes aufbauen, auch nach dem Projekt weiterhin anbieten und ausbauen können. Dafür benötigen wir Partner*innen, die diese Angebote für die Entwicklung unserer Stadt genauso wichtig finden wie wir und diese längerfristig mit finanziellen Mitteln ausstatten.

Projektmöglichkeiten
Menschen sind Gewohnheitstiere und brauchen zwei Dinge, um ins Handeln zu kommen. Vorausgesetzt, sie gehören einer gesellschaftlichen Schicht an, die sich den „Luxus" leisten können, selbst aktiv gegen den Klimawandel vorzugehen. Zum einen muss aufgezeigt werden, wie die Entwicklung der Krise sie direkt in ihrem Handeln, ihren Gewohnheiten und Abläufen treffen wird. Damit wollen wir Betroffenheit schaffen. Auf der anderen Seite müssen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie man im Rahmen seiner Möglichkeiten selbst aktiv werden kann, um ein Erstarren und ein „Sich-Ergeben-in-sein-Schicksal" zu verhindern und eine Aktivierung zu erzielen. Die reale Welt bietet bezüglich diesen beiden Faktoren nicht viele Ansatzpunkte, denn Politik verspricht, Dinge zu regeln oder verharrt in substanzlosen „Wir schaffen das"-Bekundungen, ohne ein „Wie schaffen wir das" hinterherzuschieben. Und die Wirtschaft, die Menschen mit ihrem Marketing trifft, verspricht Menschen Lösungen, die den Wandel erzielen, ohne Gewohnheiten ändern zu müssen. Das charakteristischste an einer Krise ist wahrscheinlich tatsächlich, dass durch die Vielzahl verschiedener Einflüsse Dinge passieren, die weder vorhersehbar noch in der jeweiligen Situation direkt gelöst werden können. Mit unserem Krisenszenario erheben wir keinen Anspruch darauf, dass dies bis ins letzte Detail genau so eintreten wird.

Durchaus aber, dass wir Dynamiken benennen können, die im Gesamtbild zur Entstehung und Verschärfung einer Krise beitragen können. Dafür können konkret Lösungen entwickelt werden, das Proben des Untergangs trägt zur Krisenresilienz unserer Stadt bei. Weiterhin kann Krise nicht nur als ein rein beschreibendes Element, sondern auch als Werkzeug gesehen werden. Durch die Benennung der Krise und deren Unterkrisen sowie die detaillierte Beschäftigung mit der gebauten und gewachsenen Umwelt unserer Stadt ermöglichen wir der Stadtgesellschaft eine Immersion in das Thema und eine Aktivierung für lösungsorientiertes Denken und Handeln.

Projektumsetzung
Zuallererst haben wir uns natürlich mit dem Klima beschäftigt. Wie wird es sich verändern, welche Hauptrisiken werden präsent sein? Hauptquelle und letztendlich auch Hauptinspiration, sich auf das Thema Klimakrise festzulegen, war der aktuellste Bericht des Weltklimarats.
Neben dem Hauptthema Klimakrise haben wir zudem untersucht, in welche Realität die Krise in 2035 eingebettet sein wird. Wie wird Nürnberg städtebaulich aussehen? Wie ist die Gesellschaft aufgebaut, welche gesellschaftlichen Megatrends werden gelten, wie wird die politische Landschaft aussehen?

Abgerundet wurde dieser Prozess im Juli 2022, wo wir das erarbeitete Krisenszenario in einem ko-kreativen Workshop noch einmal gemeinsam mit lokalen Akteur*innen aus verschiedenen betroffenen Bereichen wie Wasserwirtschaft, Katastrophenschutz, Soziales und Stadtplanung durchgespielt haben. Das Ergebnis ist nun ein ziemlich anfassbares Krisenszenario und Zukunftsbild für das Jahr 2035, das uns als Spielfeld für das Beteiligungsprojekt dient.

Bei der Inszenierung des Krisenszenarios arbeiten wir mit lokalen Künstler*innen, soziokulturellen Einrichtungen und Medienpartner*innen zusammen, um Geschichten aus der Krise im Stadtraum erlebbar zu machen.
Für die Stadtgesellschaft veranstalten wir vier Krisenjams, das sind Workshops, bei denen die breite Öffentlichkeit eingeladen ist, zusammen mit uns in das Krisenszenario einzutauchen und dann mit verschiedenen Methoden Ideen und Lösungen von verschiedenen Problemstellungen zu erarbeiten.

In einem weiteren Schritt starten wir im April 2023 die Akteursförderung, hier können sich Projekte, Initiativen und Privatpersonen auf einen Fördertopf bewerben, um ihre Ideen zur Umsetzung zu bringen.

KONTAKT
Sandra Engelhardt
Urban Lab (gemeinnützige UG)
sandra@urbanlab-nuernberg.de
www.urbanlab-nuernberg.de

MEMORANDUM URBANE RESILIENZ

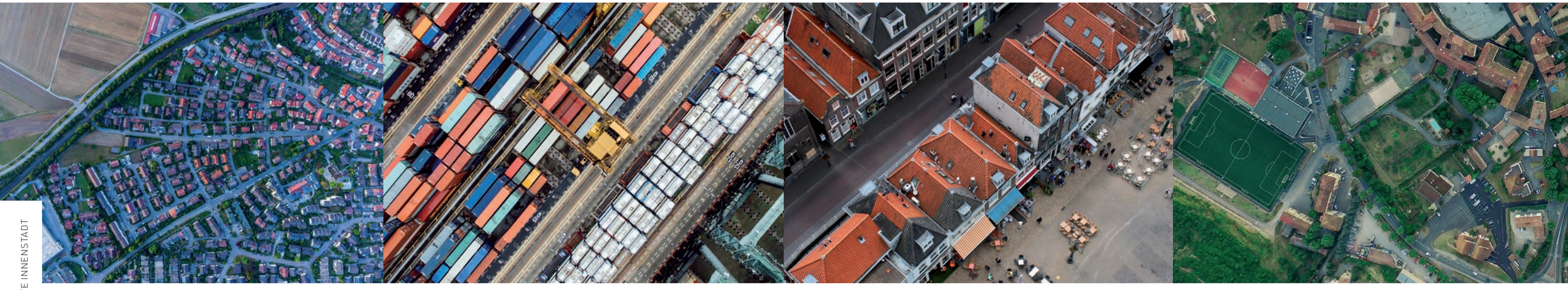
Hier kommen Sie zum Memorandum.

Im Herbst 2021 veröffentlicht das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat das Memorandum „Urbane Resilienz". Angestoßen wurde die Entwicklung von den Konsequenzen der Coronakrise, die bereits vorhandene innerstädtische Probleme sichtbar machen. Das Memorandum beruht dabei auf der Neuen Leipzig-Charta von November 2020 und orientiert sich an den Zielen für Nachhaltige Entwicklungen der Vereinten Nationen.

Worum geht es eigentlich?
Das Memorandum bietet Leitbilder, Handlungsempfehlungen und Ideen für Antworten auf (inner-)städtische Herausforderungen und deren krisenresistente Entwicklung. Wie können sich Städte vor technologischen, ökologischen, ökonomischen und sozialen Krisen schützen? Wie sieht eine resiliente Stadt baulich und strukturell aus? Wie verhalten sich Bürger*innen und Verwaltung resilient?

Welche Reaktion empfiehlt das Memorandum auf bauliche Herausforderungen?
Krisen und Auswirkungen betreffen vor allem die Quartiere, insbesondere solche, in denen verstärkt vulnerable Gruppen anzutreffen sind. Eine resiliente Stadt bietet daher sowohl auf Stadt- als auch auf Quartiersebene eine grundlegende Daseinsvorsorge und die Voraussetzungen sozialer Gerechtigkeit.
Dazu muss die baulich-strukturelle Gestaltungsweise flexibler und robuster gestaltet werden – kritische Infrastrukturen sind zu analysieren und zu optimieren. Ungerechtigkeiten bei Wohnraum und Erreichbarkeit von Schulen und Arbeitsplätzen müssen, auch durch Bauvorhaben, reduziert werden. Dezentrale und für alle zugängliche Gesundheitsversorgungsmöglichkeiten gehören zu einer gemeinwohlorientierten und somit resilienten Stadt dazu, da sozialräumliche Benachteiligungen Gesundheitsrisiken erhöhen.

Das Memorandum geht in städtebaulicher Perspektive weiterhin vom Leitbild einer kompakten, grünen und nutzungsgemischten Stadt der kurzen Wege aus. Das bedeutet: Menschen sollen Naherholungsräume auch fußläufig erreichen können, Städte sollten Möglichkeiten für Bewegung und Sport anbieten, die von jedem Wohnraum aus erreichbar sind. Grünräume müssen ausgebaut und besonders graue Infrastrukturen aufgrund des begrenzten Flächenvorkommens mehrfach genutzt werden. Menschen in den Städten können Verkehrsflächen temporär – für Experimente – oder dauerhaft umwidmen. Öffentliche Räume innerhalb der Quartiere sind als Orte spontaner sozialer Begegnungen und des Austauschs, allerdings auch als relevante Ressource für die menschliche Gesundheit und als Wasser- und Wärmespeicher zu sehen. Ergänzend dazu schaffen Gemeinden und Quartiere Begegnungsräume im Digitalen.



Wie teilt das Memorandum Verantwortlichkeiten zu?
Eine resiliente Stadt entsteht auf allen Ebenen – vertikal auf internationaler, Regional- und Quartiersebene und horizontal in allen inter- und intrakommunalen Teilbereichen der Verwaltung. Um eine krisenresistente Stadtentwicklung zu erzielen, müssen Verwaltungsprozesse flexibler und mit Raum für Experimente gestaltet werden. Die Verwaltung selbst muss personell und finanziell unterstützt werden. Zivilgesellschaftliches Engagement formt Quartiere und verankert sie. Menschen in einer resilienten Stadt knüpfen somit ein Netzwerk, das sich auch in Krisen als resistent und anpassungsfähig erweist.

Was bedeutet das für die Innenstädte und Zentren?
In Zentren und Stadtteilzentren müssen krisenanfällige Monostrukturen multifunktionaler gestaltet werden, wobei lokale Betriebe unterstützt und regionale Dienstleistungs- und Produktionsstrukturen gestärkt werden sollten. Mit Beginn der Pandemie spielt das Homeoffice im Arbeitsalltag eine größere Rolle, wodurch der Raumbedarf sinkt und Büroräume in Innenstädten mischgenutzt werden können. Auch in Innenstädten bieten Grünräume mehr Aufenthaltsqualität und Schutz vor Witterung und Sonne. Zur Resilienz der Innenstädte gehört ebenso der Schutz der Kunst- und Kulturszene sowie die Förderung von Selbstständigen und Kulturschaffenden.
So sollte die Struktur einer resilienten Stadt neben einer funktionierenden Innenstadt ein segmentiertes, polyzentrisches System mit Quartieren bilden und Raum für bauliche Flexibilität bereitstellen.

4 FRAGEN - 4 ANTWORTEN

*Wir haben vier Expert*innen nach ihrem Verständnis von Resilienz und resilienter Stadtentwicklung gefragt.*

Wie würden Sie den Begriff „Urbane Resilienz" mit Ihren eigenen Worten in Ihrem Freundeskreis erklären?

„Wir alle – in der Verwaltung, der Stadtpolitik, aber auch zuhause und in den Unternehmen – müssen wieder mehr damit rechnen, dass Dinge schieflaufen, dass die reibungslose Versorgung mit allen Annehmlichkeiten nicht selbstverständlich ist. Alle Ebenen der Stadt müssen mehr daran arbeiten, dass wir uns gegen solche „Schocks", wie wir sie gerade erleben und diskutieren, wappnen und im Falle eines Falles auch so handlungsfähig sind, dass möglichst geringe Schäden oder Verluste entstehen. Wenn uns das vorsorgend und in einer konkreten Krise gut gelingt, dann sind wir in unserer Stadt resilient."

Dr. Peter Jakubowski ist Abteilungsleiter „Raum- und Stadtentwicklung" beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

„Resiliente Städte und Gemeinden zeichnen sich dadurch aus, dass sie für Krisen- und Katastrophenfälle ausgerüstet sind, widerstandsfähig reagieren und sich entsprechend nachhaltig anpassen können. Damit gerade in urbanen, dicht besiedelten Räumen Kommunen krisenfest aufgestellt sind und flexibel reagieren können, müssen insbesondere Fragen der Klimaanpassung und viele weitere Handlungsfelder wie bspw. Handel, Mobilität, Digitalisierung, Energie- und Wasserversorgung sowie Demografie langfristig mitbedacht werden."

Marianna Roscher ist Referatsleiterin für Städtebaurecht; Wohnungswesen; Klimaschutz und Klimaanpassung beim deutschen Städte- und Gemeindebund in Berlin

„Eine Stadt hat die Fähigkeit, auf unterschiedliche Einflüsse zu reagieren, sich immer wieder neu zu erfinden und dabei attraktiv zu bleiben. Wichtige Schlüssel sind dabei Vielfalt – u. a. im Hinblick auf Nutzungen und Ideen – und Mut zu unkonventionellem Handeln."

Klaus Austermann ist Gruppenleiter „Städtebauförderung und Klima, Rheinisches Revier und Bauland Landesliegenschaften" des MHKBD NRW

Urbane Resilienz setzt sich zusammen aus zwei Begriffen. Urban bedeutet städtisch, Resilienz kennt mittlerweile auch jeder, glaube ich. Zusammenfassend würde ich den Begriff so erklären, dass sich insbesondere die Städte Gedanken machen müssen zur Nachhaltigkeit und dazu, welchen Beitrag wir gemeinsam leisten können, damit möglichst wenig Ressourcen verschwendet werden.

Sacha Reichelt ist Bürgermeister der Kreisstadt Euskirchen (parteilos)

Was sind die größten Herausforderungen, die einer resilienten Innenstadtentwicklung entgegenstehen?

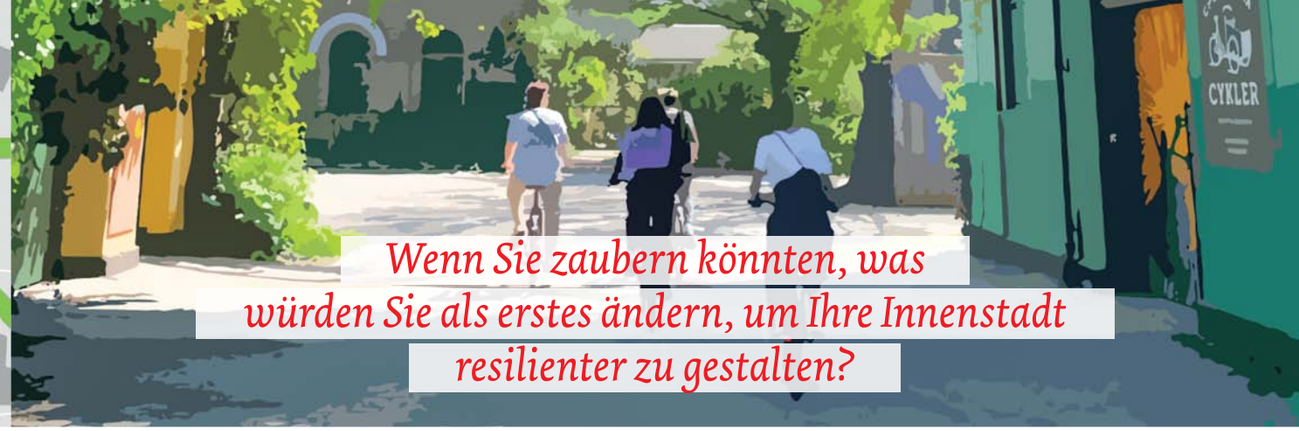
„Um resilient zu werden, müssen wir viele Verhaltensweisen und Erwartungen anpassen und dann in diesem neuen Umfeld handeln und auch investieren. Alte Wahrheiten scheinen vielfach nicht mehr brauchbar, auch Teile unserer wirtschaftlichen Grundannahmen verändern sich sehr schnell und stark: Gerade in den Innenstädten geht das wohl nur mit mehr oder weniger großen wirtschaftlichen Einbußen und Neubewertungen des Immobilienbestandes einher. Das Umschwenken auf resiliente Pfade dürfte durchaus kostspielig werden; da wir dies nun sehr langsam akzeptieren, dürften die Anpassungsprozesse in den Innenstädten recht lange dauern."

„Die größte Herausforderung einer resilienten Innenstadtentwicklung ist die Vielgestaltigkeit der Herausforderungen und möglichen Maßnahmen. Diese gilt es in den Blick zu nehmen, um die individuellen Bedürfnisse vor Ort insbesondere in der zukünftigen Stadtentwicklung sinnvoll zu implementieren. Zugleich bestimmt sich der Erfolg von konkreten Maßnahmen ebenso maßgeblich durch Fragen der vorhandenen Ressourcen, der Unterstützung durch qualifizierte Mitarbeitende sowie insbesondere der Finanzierbarkeit. Hier bedarf es weiterhin eines guten Austauschs mit Bund und Ländern, um eine ausreichende finanzielle Förderung sicherzustellen."

„Das Aufbrechen von über Jahrzehnte verfestigten innerstädtischen (Mono-) Strukturen in Verbindung mit Zeit-, Handlungs- und Erfolgsdruck, der die Offenheit für ein Experimentieren mit Möglichkeiten einschränkt. Außerdem die Entkopplung der Gesellschaft von analogen Orten – die Innenstadt muss als Ort der Begegnung und des Austausches aktiv etabliert werden."

Kommunen können leider beispielsweise beim Thema Klimaschutz viel weniger beitragen, als man meint. Wir müssen also mehr Menschen sensibilisieren und ihr Bewusstsein schärfen. Viele Herausforderungen sind zudem sehr wenig im Fokus, zum Beispiel die Baubranche. Gerade wir in Euskirchen müssen nach der Flutkatastrophe sehr viel wieder aufbauen, insbesondere in unserer Innenstadt. Beim Bauen fällt viel vermeidbarer Müll an, wobei es viel mehr Möglichkeiten als früher gibt, umweltfreundliche Materialien zu verwenden. Das ist nur eines von vielen anderen Themen.

Was können Sie bzw. Ihre Institution dazu beitragen, den resilienten Umbau unserer Innenstädte voranzutreiben?



Wenn Sie zaubern könnten, was würden Sie als erstes ändern, um Ihre Innenstadt resilienter zu gestalten?

„Das BBSR ist intensiv in die Umsetzung des Förderprogramms „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" des BMWSB eingebunden. Wir fördern zudem über Pilot- und Modellvorhaben innovative Ideen zur Weiterentwicklung bzw. Stabilisierung von Zentren. Neben der Zusammenführung immer neuer kreativer Akteur*innen geht es aktuell vielfach um die Etablierung grüner und blauer Bausteine in den Innenstädten, um dort die Aufenthalts- und Lebensqualitäten im Klimawandel möglichst zu erhöhen. Zudem suchen wir nach Lösungen, die Innenstadt nicht allein als Einkaufsort zu verstehen – sondern auch andere Nutzungen wie Kultur, Bildung und auch Wohnen zu etablieren. Das alles regelmäßig zusammen mit kommunalen Akteur*innen."

Dr. Peter Jakubowski ist Abteilungsleiter „Raum- und Stadtentwicklung" beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

„Wäre ich ein Zauberer, würde ich zunächst Schocks wie den Klimawandel oder die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges zerstäuben. Da ich mich aber schon auch am zeitgemäßen Wandel unserer Innenstädte erfreue (es geht ja nicht darum, dass sich nichts verändert!), würde ich nach einem Zauberspruch suchen, der den immensen Zeitdruck des Wandels und der Veränderung deutlich lindern könnte."

„Der Deutsche Städte- und Gemeindebund wirkt an den Fragen der resilienten Stadtentwicklung seit vielen Jahren aktiv mit. Den damit einhergehenden Dialog befördern wir, indem wir Akteur*innen zusammenbringen und den Wissenstransfer sowie die Kommunikation unterstützen; so beispielsweise im Rahmen der Allianz für Innenstädte, als auch im Beirat für Innenstädte. Doch auch die Plattform Stadtimpulse ist hierbei ein wichtiger Baustein, welcher wichtige und inspirierende Practice-Beispiele für verschiedenste Herausforderungen der Stadtentwicklung beinhaltet."

Marianna Roscher ist Referatsleiterin für Städtebaurecht; Wohnungswesen; Klimaschutz und Klimaanpassung beim deutschen Städte- und Gemeindebund in Berlin

„Mehr Grün- und Wasserflächen anstatt Asphalt und Beton sind aus meiner Sicht essentielle Bausteine für eine resiliente Stadtentwicklung. Sie fördern ein besseres Mikroklima, mehr Lebensqualität und machen uns widerstandsfähiger im Hinblick auf Klimafolgen wie Starkregen und Hitze. Darüber hinaus gilt es, gerade auch in urbanen Gebieten, die Frage der Flächenverteilung neu, kreativ und im Dialog mit unseren Bürger*innen anzugehen, um unsere Kommunen langfristig und nachhaltig zu gestalten."

„Über die Stadterneuerungsprogramme fördern wir Investitionen in den erforderlichen Umbau der Bau- und Infrastrukturen und leisten damit einen Beitrag zu attraktiven, grünen, multifunktionalen Innenstädten. Über das Innenstadtprogramm des Landes ermöglichen wir zudem gezielte Interventionen. Nicht zuletzt sind unsere Netzwerke und Initiativen wichtige Ideenschmiede und Impulsgeber."

Klaus Austermann ist Gruppenleiter „Städtebauförderung und Klima, Rheinisches Revier und Bauland Landesliegenschaften" des MHKBD NRW

„Die resiliente Innenstadt lebt davon, dass sie nie „fertig" oder perfekt ist. Sie kann daher nicht herbeigezaubert werden, sondern muss im Zusammenspiel von Akteur*innen und Ideen entstehen, wachsen und sich verändern. Allerdings kann eine attraktive Hülle sicher nicht schaden – also Abrakadabra: „Substanz sanieren, weniger Autos – mehr Bäume!"

Wir als Hochwasserkommune haben hier, glaube ich, eine noch größere Verpflichtung als andere. Möglicherweise wird man in 100 Jahren sagen, das war eine der ersten Klimakatastrophen. Wir können als Musterkommune fungieren, indem wir den Wiederaufbau unserer Stadt nachhaltig und resilient gestalten. Auch wenn das seltsam klingt: So eine Katastrophe bietet ja auch die Chance, Dinge besser als vor 50 Jahren wiederaufzubauen. Das Problem für die knappen Kassen der Kommunen: „Resilient" heißt häufig auch „teurer". Deshalb muss es auf Landes-, Bundes oder EU-Ebene Förderprojekte geben für die Mehrinvestitionen für resiliente Lösungen. Das muss gegenfinanziert sein, das ist das Allerwichtigste.

Sacha Reichelt ist Bürgermeister der Kreisstadt Euskirchen (parteilos)

Ich muss natürlich an die Realität denken, aber ich träume auch ganz gerne mal. Nach der Flut wollten wir eigentlich noch mehr Maßnahmen ergeifen. Dabei müssen die Eigentümer*innen betroffener Grundstücke immer mitspielen. Ich will natürlich nicht die Bürger*innen außen vorlassen, ganz im Gegenteil. Aber wenn von zehn Eigentümer*innen nur neun mitmachen, ist ein Projekt schon nicht mehr machbar. Wenn ich also zaubern könnte, dann würden wir alle wesentlichen Entscheidungen für unsere Stadt gemeinsam treffen. Auch die Zusammenarbeit mit den Behörden ist eigentlich gut, aber manche Prozesse sind in Deutschland sehr kompliziert und langwierig, was ich auch ändern würde.

INNENSTÄDTE. AKTUELLE UND ZUKÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN

Interview mit PSt Sören Bartol

PST SÖREN BARTOL

Seit 2021 ist Sören Bartol Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Herr Bartol studierte Politologie. Seit 2001 ist er Mitglied des Kreistags Marburg-Biedenkopf, seit 2002 Mitglied im Deutschen Bundestag. Zwischen 2004 und 2011 war er stellv. Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Bundestagsfraktion. In den Jahren 2009 - 2011 hatte er das Amt des Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion für Bau, Wohnen und Stadtentwicklung sowie zwischen 2011 und 2014 für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung inne. Zuletzt (2013 - 2021) bekleidete Herr Bartol das Amt des stellv. Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Verkehr und digitale Infrastruktur, Bau, Stadtentwicklung und Kommunen, Digitale Agenda sowie Wirtschaft (letzteres erst ab 2018).

„Die Veränderung von Innenstädten ist kein neues Phänomen.“

Herr Bartol, unsere Innenstädte und Zentren sehen sich seit vielen Jahren mit einem hohen Veränderungsdruck konfrontiert, welcher allerdings seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie eine neue, akutere Brisanz und Dynamik angenommen hat.
Was sind aus Ihrer Sicht die aktuell dringendsten und daher zu priorisierenden Themen und Herausforderungen in unseren Innenstädten?
Innenstädte und Zentren unterliegen einem permanenten Wandel. Dies betrifft zu großen Teilen die Veränderungen im Einzelhandel. Früher wurde die Versorgung zu Fuß erledigt, es gab kleine Lebensmittelläden und Dienstleister*innen, verstreut in Wohngebieten und kleinen Zentren. Mit zunehmender Motorisierung siedelten sich Einzelhändler*innen auf größerer Fläche in zentralen Lagen an. Dann eröffneten zahlreiche Ketten in Einkaufszentren am Stadtrand, was nahezu parallel mit der Errichtung von großen Shoppingcentern, oft an Orten mit hoher Besucherfrequenz, einherging. Die klassische Einkaufsstraße veränderte sich ständig und die Betreiber*innen von Geschäften mussten sich anpassen. Insofern ist die Veränderung von Innenstädten kein neues Phänomen. Die Corona-Pandemie hat allerdings bestimmte Prozesse wie den Online-Handel beschleunigt, was in einen Wandel mit bisher nicht gekanntem Tempo mündet.

Hinsichtlich dieser Herausforderungen muss es darum gehen, Handel und Gastronomie als Schlüsselfunktionen zu unterstützen. Das ist wichtig für die Vitalität unserer Städte. Ein einfaches Beispiel ist die unkomplizierte Erweiterung von gastronomischen Flächen im Außenbereich. Mittelfristig müssen wir überlegen, wie sich Leerstände vermeiden lassen und Innenstädte attraktiv werden jenseits von Handel oder touristischen Angeboten. Die Ausgangslage ist allerdings je nach Region unterschiedlich: In boomenden Regionen gibt es eine andere Dynamik als in schrumpfenden. Langfristig müssen wir die Innenstädte unter sozialen, ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten weiterentwickeln. Sie benötigen mehr gemeinwohlorientierte Angebote. Die Flächenvermietung darf sich nicht an den Meistbietenden ausrichten, das führt in eine Sackgasse. Dadurch entstehen tote Räume, die in Krisen kaum resilient sind und mit großem gesellschaftlichen Aufwand gestützt werden müssen. Die Corona-Pandemie hat dies deutlich gezeigt.
Zudem ist der Klimawandel eine der zentralen Herausforderungen für die kommenden Jahrzehnte. Die Anpassung an Extremwetterereignisse muss verstärkt und bei sämtlichen Konzepten der Stadtentwicklung in den Blick genommen werden.

Wie sieht für Sie eine resiliente Innenstadt aus? Welche neuen Aufgaben werden durch das Memorandum „Urbane Resilienz“ der Nationalen Stadtentwicklungspolitik an die kommunale Stadtentwicklung formuliert?
Resilienz ist die Fähigkeit eines städtischen Systems und seiner Bevölkerung, bei Krisen oder Katastrophen widerstandsfähig zu reagieren. Gleichzeitig geht es darum, aus krisenhaften Situationen zu lernen und die Instrumente hinsichtlich einer nachhaltigen Stadtentwicklung anzupassen. Daraus ergeben sich veränderte Anforderungen an öffentliche Räume, spätestens seit dem Lockdown im Zuge der Pandemie werden diese neu bewertet.

Eine weitere Aufgabe ist das Wiederherstellen von Multifunktionalität in den zentralen Lagen. Es muss einen breiteren Mix aus Handel und Handwerk, Wohnen und Bildung, Verwaltung und Kultur in den Innenstädten geben. Im Memorandum wurde dazu der Punkt „Zentren neu programmieren“ aufgenommen. Dabei sind die Themen Baukultur und Gestaltung unmittelbar mitzudenken.
Eine der zentralsten Herausforderungen für die kommunale Planung liegt in der sozialräumlichen Entwicklung vieler Städte. Benachteiligung und soziale Ungleichheit von Bevölkerungsgruppen müssen reduziert werden. Der Zugang zu Arbeitsplätzen und Wohnraum darf nicht von Diskriminierung und struktureller Benachteiligung beeinflusst sein.

„Die Flächenvermietung darf sich nicht an den Meistbietenden ausrichten, das führt in eine Sackgasse. Dadurch entstehen tote Räume, die in Krisen kaum resilient sind.“

Und womit unterstützt der Bund die Kommunen bei dieser Forderung ganz konkret?
Die integrierten Stadtentwicklungskonzepte sind wichtige Instrumente und Voraussetzung für eine nachhaltige und resiliente Stadtentwicklung. So haben wir unser Bundesprogramm zur Sanierung kommunaler Einrichtungen mit 476 Mio. Euro ausgestattet, damit etwa Sporthallen, Schwimmbäder oder Kultureinrichtungen saniert und gleichzeitig an den Klimawandel angepasst werden können. Dieses Programm ist ein voller Erfolg! Auch die Städtebauförderung und die anderen Förderprogramme des Bundes helfen den Kommunen dabei.

Das Konzept der „Urbanen Resilienz“ erfordert als Querschnittsthema das Verlassen von Ressortdenken und -grenzen. Wie gestaltet sich die interdisziplinäre und interministerielle Zusammenarbeit zugunsten robuster, adaptiver und zukunftsfähiger Städte auch auf Bundesebene? Welche Strukturen und Ansätze gibt es?
Die interdisziplinäre und interministerielle Zusammenarbeit lässt sich sehr gut am „Beirat Innenstadt“ illustrieren: Neben Vertreter*innen aus unterschiedlichen Branchen und Verbänden als ständige Mitglieder sind Kolleg*innen aus den Bundesministerien für Finanzen, für Wirtschaft und Klimaschutz sowie für Digitales und Verkehr mit dabei. Auf diesem Weg ist es uns wichtig, einen verlässlichen und aktuellen Informationsfluss zu gewährleisten. Darüber hinaus ist unser Bauministerium in die Arbeitsprozesse anderer Ministerien eingebunden. Aktuell wird beispielsweise die Erarbeitung einer Einzelhandelsstrategie unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums von Mitarbeiter*innen aus unserem Haus begleitet. Dieser enge Austausch setzt sich auch bei Forschungsvorhaben fort.

Das Handlungsfeld „Klima“ wird erstmalig als das aktuell drängendste auf kommunaler Ebene bewertet. Insbesondere die stark verdichteten Innenstadtbereiche weisen hier eine hohe Anfälligkeit auf. Gleichzeitig steht die Dauer kommunaler Planungs- und Genehmigungsverfahren der akuten, vielfach spürbaren Dringlichkeit der Thematik gegenüber. Wie kann künftig ein klimaresilienter Umbau im bereits gebauten Bestand Innenstadt überhaupt effektiv gelingen? Was muss kurzfristig, was langfristig angepackt werden?
Zunehmende Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hitze und Trockenheit beeinflussen unsere Städte stark. Insbesondere die Innenstädte sind wegen der überwiegend dichten Bebauung, einem hohen Versiegelungsgrad, der Lage vieler Städte an Flussläufen und das Aufeinandertreffen verschiedener Nutzungen sowie Infrastruktureinrichtungen mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert. Der öffentliche Raum ist insbesondere als wohnortnaher Freiraum mit differenzierten Nutzungsmöglichkeiten – wozu ich auch unbedingt nicht kommerzielle Nutzungen zähle – zu erweitern. Die daraus resultierenden Aufgaben auf kommunaler Ebene werden deutlich komplexer.

Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte müssen bei ihren Maßnahmen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung stärker in den Blick nehmen, dann können sie als strategisches Instrument gute Wirkung entfalten. Mit der Städtebauförderung, u. a. mit dem Programm „Lebendige Zentren“ sowie dem Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“, unterstützen Bund und Länder die Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgaben und fördern die aktive Gestaltung der Innenstädte.

Die grün-blaue Infrastruktur sowie neue öffentliche Räume werden immer wichtiger. Die Entwicklungsmaßnahme „Flusslandschaft Pader“ in Paderborn ist ein passendes Beispiel dafür. Durch die Bundesförderung ließ sich eine attraktive Gestaltung des Flusslaufs mit verschiedenen Uferzonen und neuen Wegeverbindungen in mehreren Abschnitten umsetzen.

Für die „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ haben wir zusätzlich zur Städtebauförderung ein weiteres eigenständiges Bundesprogramm geschaffen. Hier können die Kommunen Gelder beantragen, um ihre Grün- und Freiflächen zu modernisieren. Wir alle haben diesen und letzten Sommer gesehen, wie wichtig das ist.

Der stationäre Einzelhandel allein ist kein Garant mehr für volle Fußgängerzonen, der Ruf nach „multifunktionalen Innenstädten“ deshalb laut. Welche Nutzungen beleben denn unsere Stadtzentren gesund und nachhaltig? Wie kann den kommunalen Innenstadt-Gestalter*innen das Experimentieren und Lernen zugunsten stabiler Funktionsmischungen ermöglicht werden?
Wenn wir von Belebung sprechen, dann geht es darum, möglichst vielfältige Gründe für einen Besuch in der Innenstadt zu finden. Aktuell schwanken die Besucherfrequenzen in vielen Innenstädten zwischen Tag und Nacht sowie im Verlauf einer Woche sehr stark. Ein Ziel kann darin bestehen, diese Schwankung zu reduzieren. Funktionale Mischung und Angebote für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen können dabei einen entscheidenden Beitrag leisten. Gemeinwohlorientierte Angebote aus dem sozialen oder kulturellen Bereich, aber auch Bildungseinrichtungen oder Verwaltungen können Anlässe für einen Besuch in der Innenstadt sein. Ein gutes Beispiel ist die Innenstadt von Leipzig, dort finden Sie Handel und Gastronomie, Kultur- und Verwaltungseinrichtungen sowie Fakultäten der Universität in unmittelbarer Nachbarschaft. Außerdem ist die Gestaltung der Stadträume eine wichtige Aufgabe, die gleichzeitig sehr gut mit einer stärkeren Orientierung auf klimatische Veränderungen zusammenpasst.

Eine Schlüsselfrage ist die Eigentümer*innensituation, denn für sie muss ein Interesse und die Möglichkeit bestehen, Experimente und Zwischennutzungen zuzulassen. Bei kommunalen Gesellschaften oder Gebäuden im Familienbesitz ist es sicherlich einfacher als bei Unternehmen, die treuhänderisch im Auftrag von institutionalisierten Kapitalanleger*innen agieren.

Welche Hilfestellungen und Impulse für den Innenstadtraum, auch finanzieller Art, sind künftig seitens des Bundes bzw. im Kontext der Innenstadtstrategie zu erwarten? Inwiefern wird es eine Fortführung des Bundesprogramms „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ geben?
Ich sprach einige der zahlreichen finanziellen Hilfestellungen bereits an, so die Städtebauförderung mit dem Programm „Lebendige Zentren“. Darüber hinaus gibt es weitere Finanzierungsinstrumente des Bundes wie das Programm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“, das zur bundesweiten Unterstützung der Kommunen mit 250 Mio. Euro ausgestattet ist. Wir werden die Umsetzung intensiv begleiten und im Ergebnis schauen, welche Aspekte wir in eine mögliche Regelförderung überführen können.

„Wenn wir von Belebung sprechen, dann geht es darum, möglichst vielfältige Gründe für einen Besuch in der Innenstadt zu finden.“

Gerade kleineren und mittelgroßen Kommunen fehlt oftmals die „personelle Power“, um neben dem Alltagsgeschäft komplexe Verfahren wie etwa den klimaresilienten Umbau mitzubearbeiten. Personalstellen sind im Kontext der Städtebauförderung bislang nicht bzw. nur in eingeschränkten Maßen förderfähig.
Wie kann der Bund die kommunalen Akteur*innen in ihrer Handlungsfähigkeit unterstützen, wie sie bestärken?
Im Rahmen der Städtebauförderung und unseren Bundesprogrammen unterstützen wir die kommunalen Akteur*innen mit mehreren Programmen und mit unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtungen im Hinblick auf die städtebaulichen Herausforderungen. Je nach Aufgabe und Programm sind sowohl investive als auch nicht investive Maßnahmen förderfähig. Der Bund kann Wissenstransfer und den Austausch fördern. Und er kann dafür sorgen, dass die notwendige Förderung schnell bei den Kommunen ankommt. Aber eins steht auch fest: Der Bund kann und wird in unserem föderalen System nicht die Finanzierung von kommunalem Personal übernehmen.

Wir alle wollen lebendige, individuelle und charakterstarke Innenstädte. Auf Umsetzungsebene erschweren allerdings nicht selten komplexe Vergaberichtlinien, baurechtliche Restriktionen und sonstige bürokratische Auflagen innovative Umsetzungsideen und -vorhaben der Innenstadt-Gestalter*innen. Welche Erleichterungen sind hier geplant?
Das Vergaberecht bietet verschiedene Vergabeverfahren an, die auch Raum für die Umsetzung innovativer Ideen lassen. Hierzu zählt die Durchführung von Planungswettbewerben nach der Richtlinie für Planungswettbewerbe, die auch Anwendung im Bereich des Städtebaus, der Stadtplanung und Stadtentwicklung finden. Der teilweise reklamierte erhöhte Zeitaufwand wird durch die gesteigerte Planungsqualität mehr als wettgemacht. Im Übrigen sind die Aufwendungen für die Wettbewerbsverfahren im Verhältnis zu den gesamten Projektverläufen und -aufwendungen marginal, wie eine Untersuchung des Bauministeriums gezeigt hat.

Die Beschleunigung von Genehmigungen und damit verbundene Maßnahmen sind notwendig und werden immer wieder diskutiert. Die Zuständigkeit für den Erlass und den Vollzug bauordnungsrechtlicher Regelungen liegt allerdings bei den Ländern. Grundsätzlich begrüßt der Bund es, wenn die bauordnungsrechtlichen Vorgaben – unter Berücksichtigung der erforderlichen Belange der Gefahrenabwehr – möglichst schlank und einheitlich gestaltet werden.
Das Städtebaurecht gibt den Kommunen vor Ort eine Menge von Instrumenten an die Hand, um die (Innen-)Städte den Bedürfnissen der Menschen anzupassen. Das gilt insbesondere im sog. planungsrechtlichen Innenbereich, für den in den vergangenen Jahren viele neue Möglichkeiten entwickelt wurden. Ich denke da zum Beispiel an den Bebauungsplan zur Innenentwicklung nach §13a BauGB. Dass manches dabei vielleicht nicht immer ganz so schnell geht, ist aus meiner Sicht dem Planungsprozess immanent. Da muss einiges erhoben werden - und viele unterschiedliche Belange müssen gegeneinander und miteinander abgewogen werden, um Konflikte möglichst schon im Vorfeld zu entschärfen. Denn was für den einen „lebendig“ ist, ist für den anderen womöglich schlicht „laut“. Das bedeutet nicht, dass nicht auch in den Rechtsvorschriften noch Verbesserungspotenzial liegen mag. Wir haben deshalb in dieser Legislatur eine große Überarbeitung des Städtebaurechts vor, um zum einen den Kommunen vor Ort mehr Flexibilität zu ermöglichen, zum anderen aber auch bestimmte Aspekte enger vorzugeben, insbesondere in Hinblick auf Klimaschutz und Klimaanpassung.

In welcher nordrhein-westfälischen Innenstadt waren Sie zuletzt zu Besuch und was ist Ihnen dabei positiv in Erinnerung geblieben?
Zuletzt war ich zu Besuch beim Bürgermeister der Stadt, in der ich aufgewachsen bin: Horn-Bad Meinberg. Eine Stadt, die sich mit den vielfältigen, bereits beschriebenen Herausforderungen konfrontiert sieht. Mir ist dabei sehr positiv in Erinnerung geblieben, mit welchem Engagement – auch in dieser kleinen Stadt – sich in den politischen Gremien den verschiedenen Herausforderungen gestellt wird und wie sie auch dort mit Hilfe der Städtebauförderung intensiv daran arbeiten, das Stadtzentrum wieder aufleben zu lassen, was bei den vielen denkmalgeschützten Häusern und einem signifikanten Leerstand nicht leicht ist.

Vielen Dank für Ihre Zeit und das nette Gespräch, Herr Bartol!

KONTAKT
www.bmwsb.bund.de

„Wir haben deshalb in dieser Legislatur eine große Überarbeitung des Städtebaurechts vor, um zum einen den Kommunen vor Ort mehr Flexibilität zu ermöglichen, zum anderen aber auch bestimmte Aspekte enger vorzugeben, insbesondere in Hinblick auf Klimaschutz und Klimaanpassung.“

Als Nationales Projekt des Städtebaus profitierte das Mittlere Paderquellgebiet in Paderborn von einer Bundesförderung. Heute präsentiert sich der renaturierte Bereich rund um die Pader als innerstädtischer Raum mit einer hohen Erlebnis- und Aufenthaltsqualität direkt im Grünen.

ZAHLEN UND FAKTEN

Insgesamt wohnen **75 %** der Bevölkerung in Deutschland maximal **1.000 Meter** von der nächsten Hausarztpraxis und **67 %** von der nächsten Apotheke entfernt.[7]

Der Einzelhandel zählt mit über
einer Million
Beschäftigten zur größten Wirtschaftsbranche NRWs.[8]

Menschen, die in Deutschland in Regionen mit einem hohen Armutsrisiko aufwachsen, leben im Schnitt
2 bis 3 Jahre
weniger.[10]

Bis 2030 wird mit bis zu **21.000** weiteren Geschäftsschließungen im nordrhein-westfälischen Einzelhandel gerechnet. Das beträfe **1/5** aller heutigen Geschäfte.[6]

Während der Quadratmeterpreis (Nettokalt pro Monat) für eine ebenerdige Ladenfläche in der 1A-Lage von Düsseldorf je nach Geschäftsgröße im Jahr 2020 zwischen **155 - 290 €** variiert, liegt er in der 1A-Lage von Elsdorf im Rhein-Erft-Kreis zwischen **4,30 - 6,00 €** pro Quadratmeter.[5]

52 Millionen
9-Euro-Tickets wurden in den Sommermonaten verkauft. In drei Monaten wurde so viel CO_2 eingespart wie durch
ein Jahr Tempolimit auf Autobahnen.[1]

Mit Bäumen bewachsene Flächen sind im Schnitt rund **8 - 12 °C** kühler als bebaute Stadtflächen.[2]

9,7 % der 2021 neu entstandenen Flachdachflächen wurden begrünt. Dabei unterstützen **37 %** bzw. **44 %** der Städte mit mehr als 50.000 Einwohner*innen Dach- und Fassadenbegrünungen mit finanziellen Zuschüssen.[4]

Ein Fahrrad benötigt parkend rund **1,2 m²** Bodenfläche.
Ein Auto benötigt **12 m²**

Mehr als **40 Milliarden** Euro Sachschäden verursacht die Flut im Ahrtal – und ist damit nach Hurricane Ida die Naturkatastrophe weltweit mit den zweitgrößten finanziellen Schäden im Jahr 2021.[9]

Quellen: 1) VDV (2022): „Bilanz eines Erfolgmodells: Rund 52 Millionen verkaufte 9-Euro-Tickets", Online-Pressemitteilung; 2) Schwaab et al. (2021): „The role of urban trees in reducing land surface temperatures in European cities", S.2; 3) BMDV (2014): „Radverkehr in Deutschland. Zahlen, Daten, Fakten", S.22; 4) BuGG (2022): „BuGG-Marktreport Gebäudegrün 2022. Dach-, Fassaden- und Innenraumbegrünung Deutschland"; 5) Immobilienverband IVD (2021): „IVD-Gewerbe-Preisspiegel 2020/2021"; 6) MWIDE NRW (2021): „Zukunft des Handels – Zukunft der Städte"; 7) BBSR (2022): „So gut sind Hausarztpraxen und Apotheken im Wohnumfeld erreichbar"; 8) MWIKE NRW (2022): „Handel. Nordrhein-Westfalen – Handelsstandort Nummer eins in Deutschland"; 9) CRED (2022): „2021. Disasters in numbers"; 10) Kroh et al. (2012): „Menschen mit hohem Einkommen leben länger". In: DIW Wochenbericht Nr. 38.2012: „Einkommen und Lebenserwartung".

KLIMAANPASSUNG IM BESTAND

Handlungsansätze aus dem Stadtumbau

Quartiersachse mit Klimagärten in Bochum (Visualisierung)

Städte belegen nur etwa drei Prozent der Erdoberfläche, sind aber Ausgangsort für drei Viertel aller schädlichen Umwelteinwirkungen. Gleichzeitig sind hier die Folgen des Klimawandels sehr deutlich spürbar. Der gebaute Teil der Umwelt ist damit der zentrale Ort für zielgerichtete Interventionen bzw. Transformationen. Verkürzt gesagt: Klimaanpassung im Bestand ist Stadtumbau.

Rund 30 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen haben sich im STADTUMBAUNETZWERK NRW zusammengeschlossen, um durch gegenseitiges Lernen und Unterstützen passende Lösungsstrategien für vielfältige, sich kontinuierlich wandelnde Herausforderungen der Stadtentwicklung zu finden. Am 05. September 2022 fand die STADTUMBAU-Tagung mit dem Titel „STADT UMs Klima BAUen" statt und erörterte verschiedene praktische Ansätze zur Bewältigung von Klimafolgen.

Das Aufgabenspektrum im Stadtumbau umfasst Maßnahmen gegen Überhitzung ebenso wie die Prävention von Überflutungen. Begrünung, Entsiegelung, Neuschaffung und Sicherung von Grün- und Freiraum, Ertüchtigung von Immobilien, Realisierung der Schwammstadt, Anpassung von städtischer Infrastruktur – die Anforderungen sind vielfältig. Manches ist kommunal, anderes nur regional lösbar. Ziel aller Maßnahmen ist eine „urbane Resilienz". Indem aus der Vergangenheit gelernt wird und eine bessere Vorbereitung erfolgt, um künftigen Ereignissen standzuhalten, schnell reagieren und sich erholen zu können sowie sich letztendlich an kommende Veränderungen anzupassen und Risiken minimieren zu können. Es sind daher Investitionen in Prävention, Vorbereitung, Bewältigung und Nachsorge gefragt.

Ein Blick auf Projektbeispiele der STADTUMBAU-Tagung zeigt den breiten Erfahrungsschatz der Stadtumbaukommunen auf ganz unterschiedlichen Ebenen:

Hochwasserschutz im regionalen Kontext: Die Stadt Arnsberg hat im Jahr 2000 mit konkreten Planungen zum Hochwasserschutz begonnen. Im Zentrum steht die Renaturierung der Ruhr. Mit zielgerichteten Eingriffen in das zentrale Fließgewässer v. a. auch im Bereich der Siedlungsflächen konnte das Risiko verheerender Wirkungen künftiger Hochwasserereignisse verringert werden. Mit der Renaturierung gehen ökologische Verbesserungen einher, die Ruhr ist als Naherholungsziel aufgewertet worden und die Umweltbildung konnte intensiviert werden.

Besseres Klima in Wohnstraßen: Als Teil der „Modellprojekte Smart Cities" des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) setzt die Stadt Mönchengladbach Sensoren im Straßenraum ein, um kleinräumige Klimadaten im Ist-Zustand zu messen und damit sichtbar zu machen. In einem digitalen Zwilling der Straßenräume werden Maßnahmen wie Entsiegelung oder Baumpflanzungen simuliert, um die Wirkung zu erproben und zu kommunizieren. Im später umgebauten Zustand werden weitere Messungen erfolgen, die die Veränderungen sichtbar machen. Das 2021 gestartete Projekt ist in der Erprobung.

Konzepte für ein breites Bewusstsein - Aus der Mitte in die Quartiere: Die Stadt Dortmund dekliniert die konzeptionelle Ebene vom Großen ins Kleine. Das integrierte Gesamtkonzept „Masterplan integrierte Klimaanpassung in Dortmund" verfolgt u. a. das Ziel, ein gemeinsames Problemverständnis innerhalb der Verwaltung zu schaffen. Das Konzept Grüner Wall / Grüne City als Teil der Strategie Emissionsfreie Innenstadt lotet die Begrünungspotenziale der innerstädtischen Flächen aus. Beratungsangebote über Seniorenbüros, Förderprogramme für Eigentümer*innen und eine enge Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Initiativen, Forschungseinrichtungen und weiteren Trägern sowie Akteur*innen tragen das Thema in die Breite. Konkrete Projekte werden auf Quartiersebene realisiert, u. a. im Rahmen des Forschungsprojektes „iResilience" in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement und weiteren Trägern.

Gesamtstädtische Herausforderung – gemeinsame Aufgabe: Kommunale Infrastruktursysteme im Zusammenhang mit dem Stadtumbau und unter Einbeziehung wasserwirtschaftlicher Themenfelder weiterzuentwickeln und anzupassen – diese Aufgabe geht die Verwaltung der Stadt Bochum u.a. mit der Etablierung interdisziplinärer Teams, einer ämter- und städteübergreifenden Zusammenarbeit (im Sinne der agilen Verwaltung) sowie dem Aufbau interkommunaler Netzwerke an. Drei Straßenbauprojekte, die den Umbau des Straßenraums mit Versickerungselementen kombinieren, sind in der Vorbereitung bzw. Umsetzung und zeigen den Mehrwert gemeinsamer gegenüber ämterspezifischer Planungen.

Ambitioniert ist das Pilotprojekt „UrbanZero – Ruhrort wird enkelfähig" der Franz Haniel & Cie. GmbH (Haniel) mit Unterstützung der Stadt Duisburg und gemeinsam mit den Unternehmen greenzero.me sowie HeimatERBE. Bis Ende 2029 soll der Hafenstadtteil das erste umweltneutrale Quartier der Welt werden. Das unter Begleitung der technischen Universität Berlin sowie der Innovation City Management GmbH (ICM) durchgeführte Pilotprojekt soll eine Blaupause für Umweltneutralität im urbanen Raum schaffen.

Trotz vieler Ideen und Initiativen und trotz des umfassenden Wissens schreitet die Umsetzung der Klimawandelanpassung nur langsam voran. Was sind die Stellschrauben? Es braucht eine Anpassung im Denken und Handeln (in Politik und Verwaltung), im Verhalten (der Bürger*innen) und eine Förderung, die jenseits der Ressortlogik die Projekte im Blick hat.

Integriertes Denken und Handeln auf allen Ebenen von der Kommune bis zum Bund: Aufgrund zahlreicher planerischer und bautechnischer Abhängigkeiten lassen sich multidimensionale Projekte nur mit einer integrierten Arbeitsweise (und einer integrierten Förderung in Zusammenarbeit von Bezirksregierung, Land und Bund) realisieren. Die Zusammenführung von Planung, Umwelt- und Verkehrsamt, Tiefbau etc. in interdisziplinären Teams ist

Spielfläche und Retentionsraum am Oleanderweg in Bochum

wesentlich. Durch eine gemeinsam abgestimmte Vorarbeit kann anfänglich größerer personeller Aufwand zu einem späteren Zeitpunkt der Projektbearbeitung mehr als eingespart werden. Die Idee der „agilen Verwaltung" sollte auch kommunenübergreifend mit dem Ziel des Aufbaus interkommunaler Netzwerke verfolgt werden.

Personelle und finanzielle Ressourcen: Ob durch Umschichtung oder zusätzliches Personal - die ausführenden Ämter benötigen mehr personelle Kapazitäten für die Umsetzung von Maßnahmen, die neue Aufgaben ebenso wie neue Prozessstrukturen für die Kommunen bedeuten. Auch fehlt es an Geld, das z. B. für die spätere Unterhaltung von Grünflächen bereitsteht.

Bewusstseinswandel: Bevölkerung und Akteure müssen mitgenommen und zur Mitwirkung animiert werden. Es muss deutlich werden, dass Nichts tun nicht dazu führt, dass alles wie immer bleibt, sondern dass das Leben in den Städten weniger lebenswert wird. Resilienz entsteht nicht von alleine, sondern braucht die Mitwirkung aller.

KONTAKT
Geschäftsstelle STADTUMBAUNETZWERK NRW
0231-999937-40
kontakt@stadtumbaunetzwerk.nrw
www.stadtumbaunetzwerk.nrw

KLIMASCHUTZ AUF DEM DACH

Die Umsetzung des Förderprogramms „Klimaresilienz in Kommunen“ für die private Dach- und Fassadenbegrünung in der Burggemeinde Brüggen

Mit Antrag vom Mai 2021 hat die Burggemeinde Brüggen im Rahmen des Sonderprogramms „Klimaresilienz in Kommunen“ die Gewährung einer Zuwendung in Höhe von 50.000 Euro (Investitionsvolumen 100.000 Euro, Förderquote 50 %) für Zwecke der Dach- und Fassadenbegrünung an privat und/oder gewerblich genutzten Gebäuden bzw. Fassaden zur Weiterleitung beantragt.

Der Beantragung der Förderung ging ein Presseaufruf voraus, in dem die Möglichkeit auf Förderung dargestellt wurde und die Interessenten gebeten wurden, ihr Vorhaben mit einer entsprechenden Kostenschätzung einzureichen. Daraufhin haben insgesamt vierzehn Immobilieneigentümer*innen einen Antrag auf Dach- bzw. Fassadenbegrünung gestellt. Bei der überwiegenden Zahl der Anträge wurde die Begrünung eines Garagendaches beantragt. Die Begrünung eines Flachdaches kam dagegen eher selten vor und die Begrünung einer Hausfassade wurde lediglich in einem Fall beantragt. Die überwiegende Zahl der Dachbegrünungen betraf private Immobilien. Bei einer Dachbegrünung handelte es sich um eine freiberuflich genutzte Immobilie einer Tierärztin. Gerne hätten noch mehr Immobilieneigentümer*innen an dem Begrünungsprogramm teilgenommen, doch der relativ kurze Zeitrahmen, der vom Fördergeber zur Umsetzung bzw. Durchführung der Maßnahmen vorgegeben wurde, hat viele Interessent*innen zögern lassen. Das Zögern ist sicherlich auch den Umständen der immer noch anhaltenden Corona-Pandemie geschuldet. So konnten geplante Vorhaben, durch Schwierigkeiten bei der Beauftragung von entsprechenden Fachfirmen, teilweise nicht rechtzeitig realisiert und durchgeführt werden.

Das Ergebnis der beantragten Fördermaßnahme kann jedoch als rundweg positiv bewertet werden. Insgesamt konnten 657 m² Fläche begrünt werden.

Die Klimakrise und das Insektensterben werden durch die sommerliche Hitzebelastung, länger werdende Hitzeperioden und asphaltierte Flachdächer begünstigt. Die vor Durchführung der Begrünungsmaßnahmen eingereichten Fotos der Dächer spiegelten diese Aussage recht eindeutig wider. Der hohe Versiegelungsgrad und die dichte Bebauung fördern die Bildung von urbanen Wärmeinseln. Durch die Begrünung der Dach- und Fassadenflächen werden zum einen die unterliegenden Räume gekühlt und die Artenvielfalten geschützt, indem neue Lebensräume für Insekten entstehen und zum anderen wird das Klima in der Stadt verbessert. Die Immobilieneigentümer*innen sind begeistert, dass sie durch die vorgenommenen Begrünungsmaßnahmen zur Stärkung der Klimaresilienz in der Gemeinde beitragen konnten und gleichzeitig nunmehr nützliche und schöner aussehende Dächer bzw. Fassaden haben. Das Förderangebot wurde von allen Beteiligten als sehr positiv bewertet. Ein weiterer erwähnenswerter Aspekt ist, dass es nicht allen Antragsteller*innen möglich gewesen wäre, die Maßnahme komplett aus eigenen finanziellen Mitteln durchzuführen.

Ein Garagendach vor...

...und nach der Begrünung

Eine Hausfassade vor der Begrünung...

...und mit Vorbereitungsmaßnahmen zur Begrünung

Durch die Förderung ist das Bewusstsein der Leute für das Thema Klimaresilienz noch einmal deutlich verstärkt worden. Im Nachhinein melden sich beim Fördermittelmanagement der Gemeinde Brüggen immer mehr Immobilieneigentümer*innen, die nachfragen, ob es zwischenzeitlich weitere Fördermöglichkeiten für eine Dach- und/oder Fassadenbegrünung gibt. Einige der Interessent*innen sind durch die bereits in ihrer Nachbarschaft begrünten Dächer auf das Thema Dachbegrünung aufmerksam geworden, andere haben sich infolge der Klimaveränderung schon länger mit dieser Thematik beschäftigt. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, dass das Umweltministerium nunmehr weitere fünf Millionen Euro zur Förderung der Klimawandelvorsorge in Kommunen bereitstellt. Ab dem 10. November 2022 können Kommunen, neben der Entsiegelung und Bepflanzung von Schul- und Kitageländen, auch für Dach- und Fassadenbegrünungen eine Förderung beantragen. Die Mittel können ebenfalls genutzt werden, um über eigene Programme die Dach- und Fassadenbegrünung an privaten Gebäuden zu unterstützen. Von dieser Möglichkeit wird die Burggemeinde Brüggen, nach vorangegangener Bestandserhebung durch den Klimaschutzmanager der Gemeinde, Gebrauch machen und die Gelder an die privaten Immobilieneigentümer*innen zur Durchführung der Maßnahmen weiterleiten. Durch die Nutzung dieses Förderprogramms und die damit verbundenen Gebäudebegrünungen kann ein weiterer wertvoller Beitrag zur Minderung der Hitzebelastung in der Gemeinde Brüggen geleistet werden.

Im Rahmen der Städtebauförderung „Lebendige Zentren“ wurde die Burggemeinde Brüggen 2022 erstmalig in dieses Programm aufgenommen. Die bis zum Jahr 2029 angemeldeten und geplanten Maßnahmen wurden alle vor dem Hintergrund einer resilienten Stadtentwicklung getroffen. So werden zukünftig auch bei anstehenden Aufwertungsarbeiten stadtbildprägender Plätze Maßnahmen des Klimaschutzes bzw. der Klimafolgenanpassung berücksichtigt. Bereits für die Jahre 2022/2023 plant die Burggemeinde Brüggen die Einrichtung eines Hof- und Fassadenprogramms.

Die vorderen Gebäude entlang der Fußgängerzone weisen zum Teil historische Bausubstanz auf. Die dazugehörigen Hinterhöfe und die Garagenhöfe bedürfen hingegen eines großen Handlungsbedarfes. Zur Erzielung dieser Aufwertung werden private Investor*innen aktiviert. Diese Maßnahme soll zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität beitragen, insbesondere entlang der Fußgängerzone. Dadurch jedoch, dass die Hinter- und Garagenhöfe eine hohe Versiegelung aufweisen entsteht ein Wärmeinsel-Effekt. Durch mögliche Begrünungsmaßnahmen an den genannten Höfen soll das Mikroklima verbessert und die Klimaanpassung gestärkt werden.

KONTAKT
Beatrix Schuren
Fördermittelmanagerin
02163-5701-141
beatrix.schuren@brueggen.de
www.brueggen.de

WIE DIE STADT UNS RESILIENT MACHEN KANN

Im Gespräch mit Stressforscher Prof. Dr. Mazda Adli

Der Begriff Resilienz findet in vielen Disziplinen Verwendung. Bekannt ist er nicht nur in der Umwelt- oder der Stadtforschung, sondern auch in der Psychologie und Medizin. Da liegt es nahe, sich einmal mit jemandem zu unterhalten, der eine Brücke schlägt zwischen diesen Disziplinen und diese auch in einem Buch festgehalten hat: Professor Mazda Adli ist Chefarzt der Fliedner Klinik Berlin und Leiter des Forschungsbereichs Affektive Störungen der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Campus Mitte der Charité – Universitätsmedizin Berlin. Er praktiziert und forscht als Psychiater, Psychotherapeut und Stressforscher. Außerdem ist er Autor des Buches „Stress and the City – Warum Städte uns krank machen. Und warum sie trotzdem gut für uns sind". In diesem schildert Herr Adli, welchen Einfluss das Leben in Städten auf unser Wohlbefinden hat, auf welche Weise sie gleichzeitig (negativen) Stress auslösen und trotzdem positiv anregend auf uns wirken.

Unser Zoom-Gespräch führen wir während eines Konferenzbesuchs von Wien aus - eine Stadt, die oft Auszeichnungen für ihre hohe Lebensqualität erhält und die Herrn Adli genauso beeinflusst hat wie seine aktuelle Heimat Berlin. Unter anderem am Beispiel dieser beiden Städte beschreibt er in seinem Buch verschiedene städtische Phänomene und ihren Einfluss auf unser emotionales Erleben.

„Es scheint eine Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen Stadtleben und psychischer Gesundheit zu geben."
Zum Einstieg fragen wir Herrn Adli, wie die – zumindest auf den ersten Blick – nicht so naheliegende Verbindung zwischen Medizin, Psychologie und Stadtentwicklung bei ihm entstanden ist: Er sei auf den überraschenden Befund gestoßen, dass „Menschen, die in Städten leben oder auch aufgewachsen sind, ein größeres Risiko für bestimmte psychische Erkrankungen haben, die allesamt auch einem stressabhängigen Mechanismus folgen. Und dazu gehört die Depression zum Beispiel, die kommt anderthalb Mal so häufig vor, wenn man in der Stadt wohnt." Auch Angsterkrankungen und insbesondere die Schizophrenie träten häufiger auf.

Zunächst sei Stress eine normale Reaktion des Körpers oder der Psyche auf eine Anforderung. Im Englischen sei der Begriff deshalb auch viel weniger negativ besetzt. Die Stressreaktion fällt umso stärker aus, je mehr wir das Gefühl haben, der Anforderung vielleicht nicht gewachsen zu sein. Stress werde aber eigentlich erst dann problematisch, wenn der Stress dauerhaft wird. Dann entstehe chronischer Stress, der die Gesundheit negativ beeinflusst. In Städten sei dies vor allem sozialer Stress in Form von sozialer Dichte und sozialer Isolation. Diese scheinbar widersprüchlichen Faktoren ergänzten sich häufig. So trete Einsamkeit, als eine Form sozialer Isolation, erst unter anderen Menschen auf, zu denen man sich dann aber nicht zugehörig fühle. Einsamkeit, so zeigten große Studien, könne auch zu schlechterer körperlicher Gesundheit und sogar zu einer verkürzten Lebenserwartung führen. Dagegen könnten beispielsweise mehr öffentliche Plätze und Straßen helfen, die von ihrer Gestaltung her nicht nur dem Transit und der Mobilität, sondern auch dem Aufenthalt und der Begegnung dienen.

„Jeder Mensch braucht eine Tür, die er hinter sich zuschließen kann."
Gleichzeitig brauche jeder Stadtmensch auch einen Rückzugsort, an dem man Dichte, Enge und Betriebsamkeit zeitweise aussperren könne. Beispielsweise könnten dauerhafte Lärmemissionen, auf die man keinen Einfluss habe, den Stressfaktor einer Stadt erhöhen. Dafür brauche es einen entsprechend qualitativen Wohnungsbau, der diesen Rückzug ermöglicht.

„Zeit, die man vor der Haustür verbringt, sorgt für Resilienz."
Hier kommen wir auch auf das Stichwort „Resilienz" zu sprechen. Denn je mehr Menschen in einer Stadt „einen guten Wechsel zwischen Stimulation und Erholungsraum" vorfänden, je mehr sie sich ihrem Lebensraum zugehörig und einander verbunden fühlten, desto mehr individuelle, aber auch gesamtstädtische Resilienz seien vermutlich zu erwarten. Herr Adli nennt hier das Stichwort der „Kohäsion", also das kooperative Zusammenwirken einer Gesellschaft, deren Teile nicht nur nebeneinander her leben. Dieses Gefühl lasse sich stiften, indem man Räume für soziale Interaktionen schaffe.

Als Beispiel erwähnt Herr Adli hier die Neubaugasse in Wien, die durch viele Pflanzen, Verkehrsberuhigung und Straßenmobiliar stark an Aufenthaltsqualität gewonnen hat (s. Bilder). Allgemein spielten für die Stressregulation im Gehirn auch Grünflächen eine positive Rolle. Dies lasse sich sogar mit Hirnscans belegen: Menschen, die mehr Grünflächen um sich haben, konnten künstlichen Stress besser regulieren: Dies könne auch daran liegen, dass Grünflächen weniger Feinstaub bedeuteten, denn nach einer Studie mit aufwändigen Messungen im Kernspintomographen, an der Herr Adli mitgewirkt hat, geht eine hohe Feinstaubbelastung mit einer höheren Stressempfindlichkeit des Gehirns einher. Zwar kann man eine

Begrünte Aufenthalts- und Begegnungsorte mit Straßenmöblierung Neubaubezirk, Wien

Ursache-Wirkungs-Beziehung aus diesen Studien nicht belegen – anzunehmen sei sie jedoch. Es gebe aber noch weitere Arten von positiven Raumqualitäten. Kulturräume, wie Museen und Theater, stimulierten Menschen dazu, vor die Haustür zu gehen und mit Gleichgesinnten in Kontakt zu kommen. Daher hätten auch diese Räume einen „Public-Health"-Auftrag. Auch eine Stadt der kurzen Wege, in der die täglichen Bedarfe fußläufig erledigt werden können, könne dazu beitragen, dass Menschen häufiger vor die Haustür treten. Die gefühlte Geschwindigkeit einer Stadt sieht Herr Adli eher als eine Mentalitäts- und Gewöhnungssache an. Gleichzeitig äußert er aber auch die Vermutung, dass Städte mit einem „langsameren Herzschlag" soziale Kohäsion eher befördern, weil der öffentliche Raum in stärkerem Maß der Interaktion zwischen den Menschen als der Mobilität diene.

„Die Lebendigkeit der Innenstadt ist ein ganz wichtiger Resilienz-Faktor. Von jeher macht das Stadtzentrum die Seele der Stadt aus."
Diese Erkenntnisse lassen sich auch auf das zentrale Thema unseres Netzwerks und dieses Magazins beziehen: die (resiliente) Innenstadt. Auf die Frage, wie diese im Rahmen der großen Transformationsprozesse zu gestalten ist, betont Herr Adli das Risiko, dass unsere Städte „von innen heraus absterben". Es sei eine große politische und zivilgesellschaftliche Aufgabe, die Innenstädte als lebendige Begegnungsorte zu erhalten und zu fördern. Innenstädte seien identitätsstiftend für die Bewohner*innen einer Stadt und wenn diese sterbe, sterbe auch die Seele der Stadt. Die Folge also: weniger Zugehörigkeitsgefühl, weniger Resilienz, mehr sozialer Stress und damit mehr psychische Belastung.

Hier sieht Herr Adli auch gewisse Unterschiede zwischen großen und kleinen Städten. Zum einen sei das Risiko stressbedingter Erkrankungen in großen Städten zwar stärker gegeben, gleichzeitig seien vermutlich ihre Innenstädte und damit auch ihre Lebendigkeit stabiler. Allerdings müsse man in Großstädten Aspekte wie Ressourcen- und auch Umweltgerechtigkeit stärker beachten – etwa in Hinblick auf ihre Grünflächen.

Die Stadt und das Gehirn – Das „Interdisziplinäre Forum Neurourbanistik."
Um diese und andere Erkenntnisse zu gewinnen, hat Herr Adli gemeinsam mit Forscher*innen und Praktiker*innen aus anderen Disziplinen wie Städtebau, Architektur, Geografie, Sozialwissenschaften und Philosophie das „Interdisziplinäre Forum Neurourbanistik"[1] gegründet, in welchem Wissen und Methodiken zusammengeführt werden, um Fragen der Stadtforschung besser beantworten zu können; unter anderem eben auch die Frage, was eine Stadt resilient macht. Dabei bleiben die Mitglieder aber nicht unter sich, sondern binden transdisziplinär Bürger*innen, Politik und Verwaltung in die Forschung aktiv ein.

Spannend ist in diesem Kontext das Citizen-Science-Projekt „Deine emotionale Stadt"[2], bei dem Menschen an verschiedenen Orten Berlins ihre aktuellen Emotionen dokumentieren, sodass eine „Emotionale Heatmap" oder Emotionskarte der Stadt entsteht. So können bspw. Stadtplaner*innen erkennen, wo Stress entsteht, wo aber auch Wohlfühlorte sind, und wo man etwas ändern oder auch beibehalten sollte. Ein weiteres, über mehrere Jahre gefördertes Forschungsprojekt des Interdisziplinären Forums Neurourbanistik beschäftigt sich beispielsweise disziplinübergreifend mit dem oben bereits angesprochenen Einfluss urbaner Dichte auf die Psyche.

Wir schließen unser Gespräch mit einem Austausch über Wien und sein kulturelles Angebot. Ganz im Sinne seiner Forschung empfiehlt Herr Adli den Besuch eines der vielen Theater der Stadt – die neben einem spannenden Programm auch sehr günstige Tickets anbieten: eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich möglichst viele Menschen mit verschiedensten Hintergründen auch den Eintritt leisten können und Kultur als Gesundheitsressource leichter zugänglich wird.

[1] Website des Interdisziplinären Forums Neurourbanistik: www.neurourbanistik.de/
[2] Projektwebsite „Deine emotionale Stadt": www.futurium.de/de/deine-emotionale-stadt

KONTAKT
Prof. Dr. med. Mazda Adli
Chefarzt Fliedner Klinik Berlin
Leiter des Forschungsbereichs Affektive Störungen
der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, CCM,
an der Charité - Universitätsmedizin Berlin
mazda.adli@charite.de
www.mazda-adli.de

DER NEUE GESUNDHEITSKIOSK IN ESSEN

Die Ergänzung zum bestehenden Gesundheitssystem

Beratungsgespräch im Altenessener Gesundheitskiosk

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach will in ganz Deutschland rund tausend Gesundheitskioske in sozial benachteiligten Regionen einrichten. Eine Gesetzesinitiative wird vorbereitet, sie betont die Notwendigkeit, kommunale Strukturen wie Jugendämter, Ämter für Soziale Dienste, Familienzentren, Integrationszentren, Stadtteil-/Quartiermanagementbüros einzubinden. Der Altenessener Gesundheitskiosk ist auf dem Weg, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Bei der Eröffnung am 30. April 2022 sagte das Vorstandsmitglied der AOK Hamburg/Rheinland, M. Mohrmann: „Der Hamburger Gesundheitskiosk ist zwar der ältere (und wird von Lauterbach als Prototyp angesehen), aber der Essener verfolgt einen breiteren Ansatz und ist damit bundesweit einzigartig."

Der Stadtteil Altenessen

Die Stadtteile Altenessen Nord und Süd, die eine städtebauliche Einheit bilden, haben zusammen rund 40.000 Einwohner*innen. Altenessen ist ein junger Stadtteil, dessen Anteil an unter 18-Jährigen mit etwa 20 % deutlich über dem Stadtdurchschnitt liegt. Hier leben viel mehr Menschen in prekären Lebensverhältnissen als in vielen anderen Essener Stadtteilen. Der Gesundheitszustand der Kinder ist laut Schuleingangsuntersuchung merklich schlechter als im Stadtdurchschnitt. 28 % der Einwohner*innen sind Menschen mit Migrationsgeschichte, viele besitzen eine doppelte Staatsangehörigkeit.
Im Unterschied zu vergleichbaren Stadtteilen gibt es hier allerdings gut vernetzte zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Altenessen ist ein sogenanntes Mittelzentrum, d. h. es versorgt mehr Menschen mit Gütern und Dienstleistungen als die eigenen Einwohner*innen. Das Zentrum leidet wie viele andere Zentren in der Region unter Ladenleerständen, eine Folge des Strukturwandels bei Einzelhandel und Dienstleistungen. Der Gesundheitskiosk im räumlichen Verbund mit dem Sport- und Gesundheitszentrum (SGZ) bietet eine Perspektive zur Belebung des Zentrums.

Schließung von zwei Krankenhäusern

Im ersten Jahr der Corona-Pandemie wurden im Essener Norden zwei Krankenhäuser geschlossen. Hinzu kommt, dass viele Fachärzte*innen mit ihren Praxen in andere Stadtteile abgewandert sind. Aber es gibt auch engagierte niedergelassene Ärzt*innen, die sich an den Überlegungen zur Verbesserung der Situation beteiligen. Als Antwort auf die Schließungen entwickelt sich das „Netzwerk Gesundheit".

„Netzwerk Gesundheit" – eine Initiative der Zivilgesellschaft

Das Netzwerk beginnt im Herbst 2020 mit seiner Arbeit. Die Gruppe besteht aus Akteure*innen der Zivilgesellschaft und Fachleuten: Vertreter*innen der Altenessen-Konferenz, des SGZ „Alte Badeanstalt", des Zentrums für Kooperation und Inklusion, interessierten Ärzte*innen aus den Stadtteilen und Fachleuten des Uni-Klinikums (Institut für Urban Public Health/UPH, Institut für Allgemeinmedizin/IFAM). Die Stadtpolitik und -verwaltung werden zur Mitwirkung gewonnen, dazu auch die erste Krankenkasse (AOK Hamburg/Rheinland).

Das Konzept „Gesundheitskiosk"

In vielen Sprachen bedeutet „Kiosk" so viel wie „kleiner Laden" und signalisiert einen einfachen, niederschwelligen Zugang mit allen Infos, die benötigt werden. Der Gesundheitskiosk ist ein Modell, das in Deutschland erstmalig 2007 in Kinzigtal (Baden-Württemberg) und 2017 in Hamburg-Billstedt umgesetzt wurde. In Anlehnung an das Modell in Hamburg macht das Netzwerk sich zur Aufgabe, an der Einrichtung eines Gesundheitskiosk zu arbeiten.

In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Ärzt*innen, Krankenkassen und der Stadt wird ein Angebot aufgebaut, das den Bürger*innen bei Fragen zu ihrer Gesundheit helfen kann. Dabei ist der Gesundheitskiosk ein ergänzender Baustein im System der Gesundheitsversorgung.

Die Angebote stehen allen Menschen offen, von chronisch erkrankten oder verschieden belasteten Menschen über Familien mit unterschiedlichsten Beratungsbedarfen und vor allem Menschen mit wenig Kenntnis über das Gesundheitssystem. In den barrierefreien Räumen können private Beratungen stattfinden zu folgenden Schwerpunkten:

- Hilfe bei Kontaktaufnahme mit verschiedenen Leistungserbringern und Kostenträgern
- Hilfe bei Antragsstellung (Pflegegradantrag, Grad der Behinderung, Zuzahlungsbefreiung etc.)
- Organisation von Versorgungsleistungen (Pflegedienste, Haushaltshilfe, ambulant betreutes Wohnen, stationäre oder Tagespflege etc.)
- Bedarfsgerechte Aufklärung zu medizinischen Themen (Arztbriefe, Krankenhausberichte, gesunder Lebensstil, Vorsorgeuntersuchungen etc.)
- Anbinden an Angebote im Bezirk (Sportangebote für Kinder, Soziale Kontakte, Selbsthilfegruppen...)
- Unterstützung bei der Suche von Facharztterminen und Psychotherapieplätzen
- Vor- und Nachbereitung von Arztterminen
- Motivation zur Eigenverantwortung, Förderung der Gesundheitskompetenz
- Die Mitarbeitenden im Gesundheitskiosk nehmen eine Lotsenfunktion im Gesundheits- und Sozialsystem wahr und helfen, die richtige Unterstützung zwischen den unterschiedlichen Angeboten und Leistungen aus den verschiedenen Sozialgesetzbüchern zu finden.

Das Essener Modell hat neben der klassischen „Komm-Struktur"auch eine „Geh-Struktur". Im Unterschied zum Hamburger Modell werden von Anfang an neben der Beratung im Gesundheitskiosk die persönlichen Kontakte zu den Menschen im Bezirk aufgebaut, um möglichst niederschwellig auch für schwer erreichbare Zielgruppen ansprechbar zu sein. Informationsveranstaltungen oder Präventions- und Bildungsarbeit in Kitas, Schulen und in den unterschiedlichen Communities (Moscheegemeinden, Kirchengemeinden, Sportvereinen...) gehören selbstverständlich zum Portfolio des Gesundheitskiosk Essen.

Der Standort des Gesundheitskiosk im Sport- und Gesundheitszentrum „Alte Badeanstalt"

Der Gesundheitskiosk wird im Frühjahr 2022 im SGZ „Alte Badeanstalt" eröffnet. Die zentrale Lage (Verkehrsknotenpunkt, Marktplatz, Einkaufszentrum) trägt zur niederschwelligen Erreichbarkeit bei. Das Zentrum für Integration und Inklusion KD 11/13 bietet sich als Kooperationspartner an. Es steht für interkulturelle Kompetenz, die bei der erfolgreichen Vermittlung von entsprechenden Angeboten der Vor- und Nachsorge erforderlich ist. Zudem gibt es hier die entsprechenden räumlichen Möglichkeiten - mitten im Stadtteil.

Das Team

Hier, in der Altenessenerstraße 393, können Fragen zum Gesundheitswesen durch das Team des Gesundheitskiosk beantwortet werden: in sieben Sprachen berät das Team zu Gesundheitsförderung und Vorbeugung. Das Team hat dabei eine ganzheitliche Sicht auf die Gesundheit der Menschen, die mehr ist als das Abhanden-Sein von Krankheiten. Zudem ist der Gesundheitskiosk eine Schnittstelle zwischen einer medizinisch-gesundheitlichen und einer sozialarbeiterischen Perspektive, im Unterschied zum Hamburger Modell, in dem die Mitarbeitenden sich eher auf pflegerische Berufe konzentrieren. Dies kann durch die verschiedenen Berufe der Gesundheitsberater*innen (Community Health Nurses) gewährleistet werden. Das Team verfügt über eine grundlegende medizinische Ausbildung mit zusätzlichen Studienqualifikationen, wie Soziale Arbeit, Biologie, Gesundheitswissenschaften, Public Health, Pflege und Medizinmanagement.

Trägerschaft und Finanzierung

Die Trägerschaft übernimmt die Gesundheit für Essen gGmbH, eine eigens gegründete Trägergesellschaft mit dem Hauptgesellschafter Caritas SkF Essen gGmbH und den weiteren Gesellschaftern Sport- und Gesundheitszentrum Altenessen (SGZ Alte Badeanstalt) und dem Ärztenetzwerk Essen Nord West. Während der Hamburger Gesundheitskiosk und einige andere Initiativen bislang allein durch die Krankenkassen finanziert werden, haben die Essener Gesundheitskioske die Stadt Essen als zweiten großen Kostenträger. Dies ist ebenfalls ein entscheidender Faktor für das Gelingen, wie auch die Hand-in-Hand greifende Zusammenarbeit der Ärzteschaft mit einer Wohlfahrtsorganisation. Die neue Bundesregierung hat die Potenziale dieses Ansatzes bereits erkannt und will sie ausbauen. Der Essener Weg ist dafür ein gutes Beispiel: Die Eröffnung einer Dependance im Nachbarstadtteil Essen-Katernberg findet im Dezember 2022 statt.

KONTAKT
Nicole Ginter (Leitung Gesundheitskiosk Altenessen)
Klaus Wermker (Netzwerk Gesundheit)
Achim Gerhard-Kemper (Netzwerk Gesundheit)
0201 319375-770
info@gesundheitskiosk.ruhr
www.gesundheitskiosk.ruhr

EINE ZWISCHENBILANZ

Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in Nordrhein-Westfalen

Corona-Pandemie bedingt neue Brisanz der Herausforderungen
Innenstadtentwicklung ist nicht erst seit der Corona-Pandemie eine Herausforderung für die Städte und Gemeinden: Eine Vielzahl von strukturellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen – darunter auch ein stark wachsender Online-Handel - stellt bereits seit langem komplexe Anforderungen an die Erhaltung und Entwicklung der Innenstädte als attraktive Lebens-, Arbeits- und Aufenthaltsorte. Allerdings hat die Corona-Pandemie das Grundrauschen der Herausforderungen durchbrochen und auf eine neue Ebene katapultiert. Dynamik, Schärfe und Reichweite der Betroffenheit und der negativen Auswirkungen vor Ort haben eine neue Brisanz angenommen.

Ad-hoc-Hilfestellungen und neue Perspektiven
Vor diesem Hintergrund wurde das „Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in Nordrhein-Westfalen" entwickelt und noch im Sommer 2020 als erstes Landesprogramm dieser Art veröffentlicht. Finanziell ausgestattet mit zeitlich begrenzt verfügbaren Mitteln des Corona-Rettungsschirms, widmet sich das Sofortprogramm zwei wesentlichen Schwerpunkten: Zum einen der Förderung von ad-hoc-Hilfestellungen für die Innenstädte mit dem Ziel der Belebung und attraktiven Gestaltung des Stadtraumes. Zum anderen der konzeptionellen Neuaufstellung und der Bildung von lokalen Allianzen. Mit Hilfe von Interventionen soll ein Beitrag dazu geleistet werden, die Krise nicht nur zu überbrücken, sondern sie gleichermaßen für eine zukünftige multifunktionale Neuausrichtung zu nutzen.

Positive Zwischenbilanz
Nach gut zwei Jahren Programmlaufzeit lässt sich eine positive Zwischenbilanz ziehen. Das Programm wird von mehr als der Hälfte der Kommunen in NRW genutzt:
In 225 Kommunen werden 302 Zentren (Konzentrationsbereiche) gefördert - in den meisten Fällen befindet sich mindestens ein Konzentrationsbereich im lokalen Hauptzentrum. Das verfügbare Fördervolumen i. H. v. 100 Mio. Euro konnte nahezu komplett für die angebotenen Förderbausteine bewilligt werden. Diverse Kommunen setzen gerade mit Blick auf neue Nutzungen oder Innenstadtmöblierung einzigartige Ideen um oder gründen neue Partnerschaften vor Ort. Und nicht zuletzt wird der Umgang mit den neuen Herangehensweisen des Programms auf kommunaler Ebene routinierter: Zuvor unbekannte Fördergegenstände wie der Verfügungsfonds Anmietung sind inzwischen eingeübte Praxis.

Zur Nutzung der Fördergegenstände – ein Überblick
Als reines Landesprogramm ermöglicht das Sofortprogramm eine hohe Flexibilität bei der Gestaltung des Mitteleinsatzes. Möglichkeiten, Projekte vor Ort individuell auszuformen, sind umfangreich vorhanden. Einen Überblick über die Nutzung der Förderbausteine gibt untenstehende Auswertung der Anträge zum Förderprogramm. Deutlich wird u. a., dass der Schwerpunkt klar auf dem Verfügungsfonds Anmietung liegt.

Auch die Rückkehr der Lebensmittelhändler*innen trägt zur Belebung unserer Fußgängerzonen bei – so auch in Bottrop mit einem veganen Supermarkt mitten im Herzen der Innenstadt. Die Stadt konnte mit Hilfe des Sofortprogramms 19 Leerstände bespielen.

Neue Nutzungen für die multifunktionale Innenstadt – Inspirationen
Leerstände, die durch Hofläden, Seifenmanufakturen, Klimabüros oder Musikschulen gefüllt werden, neue Kooperationen zwischen Stadt und Hochschule, die Stadtmöbel mit lokalen Gestaltungsdetails hervorbringen, Eigentümer*innen, die einen Zusammenschluss zu einer Immobilien- und Standortgemeinschaft prüfen, Stellplätze, die als Grün- und Aufenthaltsräume erprobt werden - gute Beispiele gibt es aus vielen Städten und Gemeinden. Eine Beispielsammlung zum Verfügungsfonds Anmietung wird vom Netzwerk Innenstadt erstellt und befindet sich derzeit im Aufbau (Link: https://www.innenstadt-nrw.de/navigation-top/zukunft-innenstadt-gute-beispiele).

Ein Blick in die Zukunft
Bei allen positiven Effekten: Das Sofortprogramm ist temporär angelegt und wirkt insofern zunächst eher als Zündfunke denn als Strohfeuer. Ein Erfolg für die Zentrenentwicklung vor Ort wird daraus nur, wenn diese Impulse in die Zukunft getragen werden. Eine herausfordernde Aufgabe, bei deren Bewältigung sich die Kommunen in Nordrhein-Westfalen der Unterstützung des Landes gewiss sein dürfen. Auf Grundlage des Koalitionsvertrages wird u. a. an der Neuauflage eines Innenstadtprogramms gearbeitet. Gemeinsames Ziel muss es sein, die aktuellen Umbrüche gezielt zu nutzen, um die Neuaufstellung der Innenstädte in Richtung eines bunten, attraktiven Raumes für alle voranzutreiben - nicht zuletzt um sie damit für die nächste Krise zu rüsten.

Verfügungsfonds Anmietung

Kommunen mieten leerstehende Ladenlokale zu reduzierten Mieten für max. 2 Jahre an und vermieten vergünstigt weiter

289* Anträge — 46 %** Kostenanteil

- Angewendet in 217 Zentren, Ø Anmietung von 7 Objekten je Zentrum***
- viele Einzelhandelsnutzungen
- z. T. Vorgabe von inhaltlichen Schwerpunkten durch Kommunen
- z. T. Vergabe über (Gründungs-) Wettbewerbe

Anstoß eines Zentrenmanagements

Planungen zur Stärkung der Handelsstandorte, Moderation, Beratung etc., seit Phase 3 auch Förderung kommunaler Personalkosten

142* Anträge — 16 %** Kostenanteil

- Nutzung u. a. für Analysen, Moderationen, Beteiligung, Lokalvermittlung etc.
- z. T. Weiterleitung an City-/Werberinge
- 37 Anträge für Stellenpauschale Zukunftsmanager*in

Unterstützungspaket Großimmobilien

*Budget, um auf Augenhöhe mit Eigentümer*innen zu verhandeln und Nachfolgenutzungen zu forcieren*

50* Anträge — 7 %** Kostenanteil

- Im Fokus: Gebäude mit besonderer Maßstäblichkeit und vorwiegender Einzelhandelsnutzung
- Nutzung u. a. für Machbarkeitsstudien, (Nachnutzungs-)Konzepte, Gebäudegutachten

Zwischenerwerb von Leerständen

Finanzierung von Kreditzinsen zzgl. Betriebskosten für 3, bzw. ab Phase 3, für 2 Jahre

28* Anträge — 12 %** Kostenanteil

- Zielsetzung: Aktivierung durch Zwischennutzungen und Weiterveräußerung
- z. T. Abbruch von innerstädtischen Problemimmobilien

Schaffung von Innenstadtqualitäten

Seit Phase 3: Aufwertung des öffentlichen Raumes durch (mobile) Ausstattungselemente

147* Anträge — 13 %** Kostenanteil

- Nutzung v. a. für:
- Stadtbäume insbes. in Pflanzkübeln,
- Sitzmöbel unterschiedlichster Art und weitere mobile Stadtmöbel,
- Spielgeräte, Kunstelemente und -installationen

Abwicklungskosten

*Ergänzungsbaustein für z. B. juristische Beratungsleistungen, Makler*innentätigkeiten o. ä.*

291* Anträge — 6 %** Kostenanteil

KONTAKT
Judith Artmann
Referentin Landesinitiative Zukunft. Innenstadt. Nordrhein-Westfalen
MHKBD NRW
Judith.Artmann@mhkbd.nrw.de

* Anzahl der Anträge mit Förderbaustein (n=473)

** Zuwendungsfähige Kosten als Anteil an Gesamt (rd. 110 Mio. €)

***Gemäß einer Befragung der Kommunen, die am ersten Programmaufruf teilgenommen haben.

NEUE MODELLE DER QUARTIERS-ENTWICKLUNG: ALTENBURG

Widerstandsfähigkeit durch die Ko-Entwicklung von urbanem Raum und Gesellschaft

Seit mehr als sechs Jahren engagieren wir uns mit dem Sozialunternehmen „Erlebe was geht" und der Initiative „Stadtmensch" für soziale Nachhaltigkeit und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung in Altenburg.

Altenburg. Das ist eine Kleinstadt in Ostthüringen – mit all den Herausforderungen, die eine Kleinstadt im Osten der Republik eben hat: Leerstand, Wegzug von vor allem jungen Menschen, Überalterung, Perspektivlosigkeit und 30 Prozent „alternative" Wähler. Besonders schwierig ist der pessimistische öffentliche Diskurs.

Wir, die Stadtmenschen, haben die Herausforderung angenommen und machen die Bürger*innen selbst zum zentralen Akteur des Wandels. Das Ziel unserer Arbeit ist es, das Bewusstsein einer zivilen Verantwortung für gemeinsames Stadtmachen – und als Folge davon auch soziale und räumliche Strukturen – zu verändern. Die Idee ist es, Identifikationsräume zu entwickeln und die Gesellschaft nachhaltig durch die Konstruktion sozialer Strukturen zu stärken. Wir wollen nicht weniger als die Stadtgesellschaft verändern – und somit auch die Stadt selbst. Denn eine gestärkte und entwickelte Stadtgesellschaft – so unser Credo – gestaltet individuell und kollektiv Raum und definiert in ihrem Ergebnis die Identität oder auch Eigenart(en) einer Stadt. So kann die Stadt organisch mit den Projekten ihrer Bewohner*innen wachsen. Diese „Ko-Entwicklung" von Gesellschaft und Stadtraum setzt Kräfte frei: Widerstandskräfte.

Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung funktioniert für uns über eine maximale, bedingungslose – im Sinne von nicht an ein bestimmtes Amt oder eine Expertise gebundene - Teilhabe der Stadtgesellschaft an entwicklungsrelevanten Prozessen. Die Bürger*innen brauchen Freiräume innerhalb einer Stadt, um mit ihren diversen Ideen zu experimentieren, sie zu gestalten und zu entwickeln. Als Begegnungsorte mit attraktiven (sozio-)kulturellen Angeboten tragen sie dazu bei, die Gemeinschaft und lokale Identität zu stärken, den sozialen Austausch zu fördern und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Daher stand die Ertüchtigung solcher (Frei-)Räume von Anfang an in besonderem Maße im Fokus der Stadtmenschen. Sie prägen heute das Quartier als dezentral organisierte und verwaltete Orte der Stadtmacher*innen, von denen zahlreiche Impulse an die Stadtgesellschaft ausgehen. Wir nennen sie „Quartiersanker" und meinen damit Punkte, an denen sich Menschen auf- und auch festhalten können.

Aufbau der Hochbeete zur praktischen Stadtgestaltung vor dem Kulturspäti auf dem Roßplan (Foto: Anja Fehre)

Der Hofsalon hinter der Brüderkirche ist ein Ort der Begegnung und des Zusammenkommens (Foto: Jens Paul Taubert)

Sie wurden mit derselben Vision geschaffen, sind aber völlig verschieden in ihrer Beschaffenheit und existieren unabhängig voneinander in individuellen Trägerschaften. Gerade deshalb sind sie besonders nachhaltig und resilient.

Das „Offene Labor" am Markt markiert beispielsweise solch einen Quartiersanker. Das Alleinstellungsmerkmal des Raums besteht nun nicht nur in seinem modernen Design, sondern auch in seiner zentralen Lage und der vielfältigen Nutzbarkeit: Kunst- und Kreativwerkstatt, Co-Working-Space, Konferenz- und Netzwerkraum. Multifunktionalität spielt vor allem in Kleinstädten wie Altenburg eine entscheidende Rolle. Denn damit können Gemeinschaftsräume für Netzwerke überhaupt erst offengehalten werden. Über Raumnutzungsgebühren und Betrieb der Farbküche (Kreativwerkstatt) sowie Veranstaltungen können die notwendigen finanziellen Mittel eingeworben werden, ohne die ein nachhaltiger Betrieb gar nicht möglich wäre.

Auch der „Hofsalon" an der Brüderkirche ist ein von den Stadtmenschen entwickelter Ankerpunkt. Der Platz unter freiem Himmel befindet sich im Eigentum der Kirche und wurde bis dato wenig als Aktionsraum genutzt. Nun ist er als Gemeinschaftsraum für Begegnung, Diskurs, gemeinsame Feierabende sowie als verbindendes Element zwischen verschiedenen Stadtarealen neu gedacht. Die Öffnung dieses Raums für die Stadtgesellschaft bedeutet nicht nur für die hiesige Kirchengemeinde ein Novum. Auch aus anderen Kommunen schauen sie mittlerweile auf diesen kirchlichen Ort, der es geschafft hat, mit der Stadtgesellschaft auf eine neue Art ins Gespräch zu kommen und gemeinsame Visionen zu entwickeln.

Durch die Impulse, die vom Stadtmensch-Netzwerk ausgehen, entstehen immer mehr (Frei-)Räume in Altenburg. Experimentierräume wie der „Kulturspäti", den junge Menschen als einen Regionalladen mit fair produzierten Waren und alternativen Jugendtreffpunkt betreiben, sind wichtige Aneignungsräume, mit denen sich die jungen Macher*innen identifizieren. Das schafft Perspektiven (junger) Menschen und wichtige Eigenarten für die Stadt.

Solche Eigenarten finden sich beispielsweise auch in den neu gedachten Gemeinschaftsgärten. Mit dem Kunstgarten, dem Historischen Laubengarten und weiteren Themengärten sind in über Jahre leerstehenden Kleingartenparzellen innovative Konzeptansätze umgesetzt, die eine soziale Aufwertung der in Altenburg traditions- und geschichtsträchtigen, aber schwindenden Schreberanlagen bewirken. Neben dem biologischen Anbau von Gemüse, Obst und Pflanzen, das schließlich auch in Gemeinschaft geerntet und gegessen wird, finden immer wieder kulturelle und künstlerische Events sowie Bildungsveranstaltungen in den Gärten statt und laden die Stadtgesellschaft zur Teilhabe ein.

Städte sind mehr als die Summe von Steinen, Stahl und Beton. Städte sind Orte, an denen Gesellschaft gedeiht. Doch damit das gelingt, müssen Bürger*innen den urbanen Raum mitgestalten und das Leben in den Quartieren nach ihren eigenen Vorstellungen mitformen können.
Es sind diese Prozesse der „Aneignung von Stadt", die Erfahrungen von individueller und kollektiver Selbstwirksamkeit ermöglichen und Menschen die Chance geben, gemeinsam über sich hinauszuwachsen. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche ist dieses Miteinander die Voraussetzung für eine resiliente Stadt und ihre Gesellschaft.

Im OpenLab - Dreh- und Angelpunkt der Initiative und Ausgangspunkt vieler Impulse - ist Platz für Workshops (Foto: Susann Seifert)

KONTAKT
Anja Fehre
a.fehre@stadtmensch-altenburg.org
Projektmanagement Stadtmensch
Altenburg

DAS JAHRESTHEMA „RESILIENZ“ IM NETZWERK INNENSTADT NRW

Rückblick auf ein vielfältiges Querschnittsthema

Von- und miteinander Lernen - dieses Motto prägt stets unsere Netzwerk-Veranstaltungen. Hier bei einer geführten Exkursion an die renaturierte Berkel in der Innenstadt von Coesfeld.

Mit der Wahl des Themas für die Tagung Innenstadt fällt in der Geschäftsstelle des Netzwerk Innenstadt NRW meist auch die Entscheidung für ein Jahresthema. In diesem Jahr also „Resilienz“, „Urbane Resilienz“ oder, wie wir dieses Magazin wie auch unsere Jahrestagung überschrieben haben, „Die Resiliente Innenstadt“. Am Ende des Jahres möchten wir, die Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle des Netzwerk Innenstadt NRW, nun einen Blick zurückwerfen, die vielfältigen durchgeführten Formate mit spannenden Vorträgen und Berichten resümieren und abschließend die Frage aufwerfen: Was lernen wir für die kommunale Arbeit, wenn wir mit der „Brille“ der Resilienz auf unsere Innenstädte und Zentren schauen?

Fassen wir zunächst die Angebote zum Jahresthema zusammen: Allem voran stand der große Auftakt mit der hybriden Tagung in Unna, bei der über zwei Tage sowohl wissenschaftliche Grundlagen gelegt als auch praktische Beispiele besprochen und stadtentwicklungspolitische Diskussionen geführt wurden. Zudem konnten wir weitere digitale Formate und Vor-Ort-Veranstaltungen zu verschiedenen Teilgebieten von Urbaner Resilienz anbieten: Fachleute und Praktiker*innen beschäftigten sich hier gemeinsam mit unseren Mitgliedskommunen etwa mit den Themen: „Die gesunde Innenstadt“, „Soziale Funktionen in Innenstädten“, „Wasser – Fluch und Segen“, „Klimaanpassung im Bestand“, „Grün in der klimaadaptiven (Innen-)Stadt“ und „Nutzungen jenseits des Handels“. Wirft man einen Blick auf die Teilnehmerzahlen, so konnte das Netzwerk allein mit den Veranstaltungen zur Resilienz in diesem Jahr knapp über 1.000 Personen erreichen und so den Wissenstransfer für eine resiliente Innenstadtentwicklung in 169 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden sowie darüber hinaus transportieren.

Zusätzlich fanden weitere Formate wie Arbeitsgruppen, Innenstadtgespräche und Experimentierlabore statt, die das Querschnittsthema Resilienz zumindest indirekt abdeckten: Dabei ging es beispielsweise um digitale Beteiligung, die Rolle von Kunst und Kultur für den öffentlichen Raum, die Innenstadt als erlebbarer und bespielbarer Raum, um Beschleunigung von Planungsprozessen sowie die komplexen Konstellationen von Innenstadtakteuren.

Und auch in diesem Jahr standen alle diese Themenfelder im Kontext des Sofortprogramms des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, welches durch seine Anreizstrukturen vielerorts zu einer resilienten Innenstadtentwicklung beiträgt.

Aber kommen wir zu einigen der Inhalte, Erfahrungen und Erkenntnisse, die in der Auseinandersetzung mit der resilienten Innenstadt sichtbar wurden:

Von Anfang an begleitete uns das Gefühl, dass die konkrete Beschäftigung mit einem so abstrakten Querschnittsthema wie „Resilienz“ in der Praxis zahlreiche Fragen aufwerfen wird. So war es wenig verwunderlich, dass bereits am ersten Abend unserer Tagung die Forderung geäußert wurde, dass der Begriff für die kommunale Praxis und die Bürger*innen übersetzt werden müsse und dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihren soziologischen und planungstheoretischen Implikationen vor dem Hintergrund aktueller Stressbedingungen herausfordernd sei - und manchmal vielleicht auch am Ziel vorbeischieße. Nach intensiver Auseinandersetzung mit dem Thema zeigt sich allerdings: Der Perspektivwechsel lohnt sich!

Denn was das Konzept Resilienz aufzeigt ist, dass eine neue Perspektive auch frische Herangehensweisen, Entscheidungsmöglichkeiten, Lösungswege oder Potenziale aufzeigen kann. Einerseits ist es ein Spiegel aktuell wirkender Herausforderungen und kann andererseits in eine nachhaltige und langfristige Entwicklung einzahlen. Dabei ist zunächst zu betonen, dass Resilienz hier nicht im klassischen, physikalischen Sinne ein „Zurückbouncen“ bedeutet, sondern dass jegliche Reaktion auf Krisen- oder Stresssituationen in eine aktive und bewusst zukunftsgewandte Entscheidungskultur überführt wird. Dazu braucht es – und daran müssen alle Kommunen arbeiten – ein widerstandsfähiges und flexibles sowie nachhaltiges Zukunftsbild der eigenen Innenstadt, welches die globalen Herausforderungen mit den lokalen Gegebenheiten in Einklang bringt.

Ein wichtiger Gedanke in diesem Kontext: Alt ist das neue Neu! Vor dem Hintergrund der globalen Klimakrise müssen wir uns viel stärker mit dem Bestand, der (Um-)Nutzung vorhandener Baustrukturen und der darin gebundenen Energie beschäftigen. Und das bedeutet auch, Umnutzungen als gute Beispiele und prestigeträchtige Projekte anzusehen und einen kreativen Umgang mit der vorhandenen Bausubstanz zu üben.

In Richtung des Gesetzgebers tauchen diverse Forderungen, die auch in anderen Kontexten besprochen werden, erneut auf: Planungen verschlanken und beschleunigen, mehr Zugriffsmöglichkeiten für Kommunen, Anpassung der Sanierungsrechte, Entwicklung der Fördergegebenheiten und weitere. Wahr ist aber auch, dass die bereits vorhandenen Möglichkeiten in den gesetzlichen Spielräumen oftmals noch nicht vollends ausgeschöpft werden oder flexibler und umfassender eingesetzt werden könnten.

Mit besonderem Blick auf unsere Innenstädte rückt die Frage der Nutzungen jenseits des Handels wenig überraschend schnell in den Mittelpunkt. Dabei sollten die Städte mit ihren Bewohner*innen aushandeln, wie die Innenstädte zukünftig genutzt werden sollen, welche Rolle die aktuell tragende Nutzung des Einzelhandels in Zukunft spielen wird und welche Vorstellungen überhaupt angestrebt werden und auch gewünscht sind. Die Antworten darauf werden je nach Kommune sehr unterschiedlich sein. In unseren Veranstaltungen zeigte sich aber, dass es durchaus Vorstellungen darüber gibt, wie unsere Innenstädte sich beispielsweise aus sozialen oder kulturellen Aspekten heraus anders darstellen könnten, um den Menschen stärker in den Fokus zu nehmen.

Ganz konkret wurde es dann, wenn es um aktuelle und bevorstehende Risiken, insbesondere im Kontext des Klimawandels ging: Hitzeinseln, Hochwasser, urbane Sturzfluten... Wie lassen sich unsere Innenstädte widerstandsfähiger gestalten und unsere Strukturen flexibler? Welche Möglichkeiten bieten multifunktionale Lösungen, multicodierte Räume oder auch neue bzw. bekannte Technologien? Und wie kann dies mit einer Steigerung der Aufenthaltsqualität einhergehen? Bei solch konkreten Fragen hilft dann, wie so oft, der gemeinsame Austausch und der Blick auf Projekte anderer Städte, die hier schon Erfahrungen in der Umsetzung machen konnten. Deutlich wurde hierbei, dass insbesondere Einzelmaßnahmen mit grüner und blauer Infrastruktur einerseits zusammen und andererseits auch multidimensional gedacht werden müssen.

Und oftmals sind in vielen Bereichen auch schon gut ausgearbeitete Unterlagen vorhanden, an denen sich die Verwaltung, aber auch die Kommunalpolitik, orientieren kann. So zeigte sich bspw. bei der Beschäftigung mit der gesundheitsfördernden Stadtentwicklung, dass mit dem „Fachplan Gesundheit“, dem „Leitfaden Gesunde Stadt“, dem partizipativen Tool „StadtRaumMonitor“ oder der „Charta der Neurourbanistik“ bereits wichtige Grundlagen vorhanden sind, auf denen zukünftig aufgebaut werden kann.

Gezeigt hat sich ebenso, dass Erfahrungen im Umgang mit Krisen die Resilienz von Kommunen steigern können und dass im Sinne von Lernfähigkeit und Flexibilität Kommunen gestärkt aus Krisenzeiten heraustreten.
In schwierigen Zeiten werden die internen Strukturen, Denkmuster und Kommunikationswege herausgefordert, angepasst und flexibilisiert, was in späteren Situationen zu einer verbesserten Reaktionsfähigkeit – auch in der Außenkommunikation – führen kann.

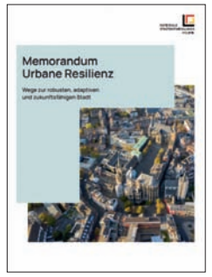
Ob es dann um große strategische Fragen oder ganz konkrete Umsetzungsmaßnahmen geht: Um gemeinsam starke Transformationsprozesse durchsetzen zu können, braucht es ebenso ein gutes und auf Vertrauen basierendes Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung sowie einen aktiven Aushandlungsprozess zwischen politischem Willen und fachlicher Einordnung; immer mit einem mutigen Blick in Richtung einer Zukunft mit resilienten Städten – für die Bewohner*innen jetzt und in zukünftigen Generationen.

Und damit landen wir wieder beim Ausgangspunkt der Resilienz: Widerstandsfähigkeit und Lernfähigkeit, Robustheit und Flexibilität: Wie man es auch nennen mag – es geht darum, vorausschauend zu handeln, einen integrierten Blick in die Zukunft zu werfen und offen für neue Wege zu sein. Dabei sollten die ausgetretenen Pfade auch einmal verlassen werden, um Experimente zu wagen und die Transformation unserer Innenstädte aktiv zu gestalten. Resilienz ist in diesem Sinne eben kein reines Reagieren auf Krisen und Stress, sondern ein bewusstes, die Eigenheiten der eigenen Stadt einbeziehendes und fachlich fundiertes aktives Handeln, mit dem Ziel, den aktuellen, aber auch noch unbekannten zukünftigen Herausforderungen bestmöglich begegnen zu können.

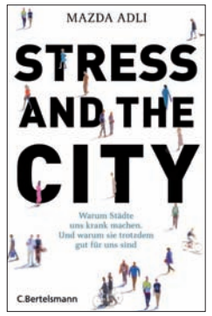
KONTAKT
Geschäftsstelle Netzwerk Innenstadt NRW
0251-4144153-0
info@innenstadt-nrw.de
www.innenstadt-nrw.de

LITERATUR

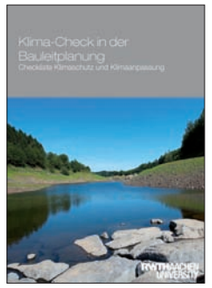
HITZE, TROCKENHEIT UND STARKREGEN
Klimaresilienz in der Stadt der Zukunft
(DStGB; Difu; 2022)



MEMORANDUM URBANE RESILIENZ
Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt
(Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat; 2021)



STRESS AND THE CITY
Warum Städte uns krank machen. Und warum sie trotzdem gut für uns sind
(Mazda Adli; 2017)



KLIMA-CHECK IN DER BAULEITPLANUNG
Checkliste Klimaschutz und Klimaanpassung
(RWTH Aachen; 2018)

NATIONALE STUDIE ZUKUNFTS-FESTE INNENSTÄDTE
Zwischenbilanz und Strategien
(imakomm AKADEMIE; 2021)

INTEGRIERTE PLANUNG BLAU-GRÜNER INFRA-STRUKTUREN
Ein Leitfaden
(INTERESS I; 2020)

WIE LEBEN WIR MORGEN
Forschungsimpulse für eine nachhaltige Stadt
(SynVer*Z; 2021)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
IMORDE Projekt- & Kulturberatung GmbH
Geschäftsstelle Netzwerk Innenstadt NRW
Schorlemerstraße 4
48143 Münster

V.i.S.d.P.
Christiane Marks, Jens Imorde

REDAKTION UND GESTALTUNG
Paula Böhler, Nina Heming, Florian Sandscheiper, Maximilian Stadtbäumer, Paul Weber

DRUCK
Druck & Verlag Kettler GmbH, Bönen/Westfalen

BILDNACHWEIS
Netzwerk Innenstadt NRW, soweit nicht anders angegeben

S. 2: Stadt Münster/Michael C. Moeller; S. 3: Unsplash/aerialpic-bymax; S. 4/5: Simeon Johnke; S. 6: Unsplash/CHUTTERSNAP; Unsplash/Max Böttinger; S. 7: Pixabay/Broesis; S.7: Unsplash/Nicolas Van Leekwijck; S. 8/10: Picturemakers/Uwe Reinert/Düsseldorf (oben); Regionale 2016 Agentur/André Siemes (unten); S. 9/11: Stadt Euskirchen (unten); S. 10: Freepik.com (ganz oben); S. 12: Pixabay/Tama66; S. 16/17: Helge Mundt; S. 18: Pixabay/CIker-Free-Vector-Images; S. 19: Pixabay/padrefilar (rechts); Pixabay/CIker-Free-Vector-Images (links); S. 20: Stadt Bochum; S. 21: Timo Zebrowski; S. 22/23: Burggemeinde Brüggen; S. 26/27: Stadt Essen/Elke Brochhagen; S. 30: Anja Fehre; S. 31: Jens Paul Taubert (oben); Susann Seifert (unten); S. 35: Unsplash/Sirisvisual

Münster, Dezember 2022

Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/10271-2211-1011

www.innenstadt-nrw.de

Unsere (Innen-)Städte müssen resilienter werden – das zeigt sich immer deutlicher. Doch wo anfangen? Schließlich scheint es zahlreiche, miteinander verknüpfte Herausforderungen zu geben, die gleichzeitig angegangen werden müssen – von der Klimaanpassung über neue Gesundheitskonzepte bis hin zu mehr Multifunktionalität im Stadtzentrum. Doch genau darin liegt auch eine Chance: Es gibt viele Ansätze und Ideen, um einen kontinuierlichen, integrierten Gestaltungsprozess für eine resiliente Innenstadt ins Leben zu rufen. Einige davon soll Ihnen das vorliegende Magazin aufzeigen.

Bundesministerium des Innern und für Heimat
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
Landesinitiative Zukunft Innenstadt. Nordrhein-Westfalen.
STADT MÜNSTER
STÄDTETAG NRW
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen